Der Kampf gegen die Tito-Clique muß weitergeführt werden

Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 34 vom 26. August 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Heraus zum Roten Antikriegstag 1977!

Krieg den imperialistischen Kriegen!

„Mobilmachung". So prangte es an den Anschlagsäulen. Am 1. September 1939. Am 1. August 1914. Die Älteren erinnern sich noch des Plakates, der Bekanntmachung, die das Volk zu den Waffen rief: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen." Doch wer dann letztendlich geschlagen wurde, waren wir, das deutsche Volk. Arbeiter und Bauern. Die Blüte der deutschen Jugend. Dahingerafft auf den Schlachtfeldern zweier imperialistischer Weltkriege.

Insgesamt kostete der erste Weltkrieg die Menschheit rund 10 Millionen Tote und 3,5 Millionen Invaliden, der zweite Weltkrieg 55 Millionen Tote, 35 Millionen Invaliden und 3 Millionen Vermißte. Das ist die nüchterne

Bilanz zweier Weltkriege

Die Kriegskosten für den zweiten Weltkrieg beliefen sich nach damaligem Kurs auf über 1.500 Milliarden US-Dollar, eine Summe, die gereicht hätte, jeder Familie der Welt ein modernes Eigenheim zu erbauen.

Na und, wird nun vielleicht mancher sagen, was soll's? Das ist schon lange her. Über 30 Jahre. Und es stimmt ja auch. Praktisch hat die Hälfte der Bundesbürger, so alle unter 35jährigen, keine Erinnerung mehr an das letzte Weltgemetzel. Der Vietnamkrieg? Nun, es ist schon ein Unterschied, ob man aus 6.000 km Entfernung per Zeitung, Film, Fernsehen — oder persönlich erlebt : **wie Menschen von Bomben zerfetzt, von Granaten verstümmelt, von Phosphor verbrannt werden, wie Städte und Häuser in Trümmer sinken, Menschen unter Schuttbergen ersticken, Kinder auf brennendem Asphalt zu Puppengröße zusammenschrumpfen.**

Die überwiegende Mehrheit all jener, die das miterlebt hatten, die Schrecken der Bombennächte, des Schlachtfelds, die aus den Schützenlöchern des zweiten Weltkriegs oft erst nach jahrelanger Gefangenschaft heimkehrten, hatte nur einen Wunsch:

Nie wieder Krieg!

Dieser Massenstimmung Rechnung zu tragen, kamen auch die Herrschenden nicht umhin. Wie sagte der damalige Bundeskanzler Adenauer am 20. 4. 1950: „Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften wünschen wir nicht, wir haben genug vom Kriege." Wie tönte Franz-Josef Strauß: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen." Und als so Mitte der fünfziger Jahre durchsickerte, man wolle den Jahrgang 1922 wieder einziehen, als Ausbilder für die geplante Bundeswehr, da erhob sich ein Sturm der Entrüstung, des Protestes: **„Ohne uns!"**

Zwar vermochte die spontane Ohne-mich-Bewegung zu verhindern, daß die 20er Jahrgänge wieder zum Waffendienst gezwungen wurden, doch die Wiederaufrüstung, das Wiedererstarken jener Kräfte, an deren Händen eben das Blut der 65 Millionen in zwei Weltkriegen Gemordeter klebte, der Krupp, Flick, Thyssen, der IG-Farben-Bosse usw. verhinderte sie nicht **Während ihre Kreaturen, die Hitler, Himmler, Streicher, Jodl in Nürnberg am Galgen endeten bzw. sich selbst der Verantwortung entzogen, feierten sie, für die der Krieg das größte Geschäft ist, auf ihren Kriegsgewinnen fröhliche Urständ.** Und heute mischen sie alle wieder kräftig mit.

Sie sind wieder dabei

Rund 360 Milliarden Mark — viermal soviel wie Hitler in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges ausgab — sind seit 1955 in der Bundesrepublik für militärische Aufrüstung ausgegeben worden. Die Rüstungskonzerne sind wieder voll im Geschäft. Rheinmetall, größter Allround-Anbieter für alle Waffengattungen im Bundesgebiet, preist seine Waffen-Produktion: Artilleriegeschütze, Munition, Raketenabschußsysteme. Die zum Flick-Konzern gehörende Krauss-Maffei AG verdiente sich an ihrem Goldesel, dem Standard-Panzer Leopard (Stückpreis 1,1 Millionen DM), dumm und dämlich. Neben besagten Rüstungsfirmen Rheinmetall und Krauss-Maffei sind es der Pulver-Fabrikant Dynamit Nobel AG, die Rheinstahl AG, das

Fortsetzung auf Seite 9



Nicht nur die Bonner Bundesprominenz findet im Ahrbunker im Ernstfall Schutz. Es ist auch dafür gesorgt, daß sie auf ihre Staatskarossen nicht verzichten müssen.

Massenmörder ausgebrochen

Ein Mörder ist aus dem Gefängnis ausgebrochen. Ein gefährlicher Massenmörder, der mehrere hundert Männer, Halbwüchsige und Greise umgebracht hat. Der Tausende Männer, Frauen und Kinder in den sicheren Tod schickte, sie vor dem Genickschuß noch quälen, foltern, vergewaltigen ließ: Herbert Kappler, SS-Obersturmbannführer, Hitlers Gestapo-Chef in Rom. Er befindet sich in der Bundesrepublik! Auf freiem Fuß!

Also — Großfahndung? Fahndungsbild in der Tagesschau, Steckbrief in jedem öffentlichen Gebäude? Absperrung der Ausfallstraßen? Verstärkte Grenzkontrollen, Einschaltung des Bundeskriminalamtes, des Bundesgrenzschutzes? Eine hohe Belohnung ausgesetzt?

Nichts davon. Bundesregierung, Justizministerium, Polizei — sie wissen, wo der Massenmörder sich versteckt. Sie suchen ihn auch gar nicht. Seit Haus wird von „Zivilen" bewacht — zum Schutz vor Attentaten! Bundeskanzler, Minister, CDU-Chef Kohl sind „erleichtert", daß er ausgebrochen ist. „Endlich hat das Drama (seiner Haft) ein Ende", sagen sie. Kurzum: Er befindet sich

unter dem Schutz der Bundesregierung: Der Nazi-Massenmörder Herbert Kappler!

Kappler ist verantwortlich für die Erschießung von 335 unschuldigen Geiseln, bei der er selbst Hand anlegte, um zögernde SS-Schergen anzutreiben. Verantwortlich für die Verschleppung Tausender italienischer Antifaschisten in die Konzentrations- und Vernichtungslager. 1945 geschnappt, hätte er an den Galgen gehört, bekam jedoch nur lebenslänglich. In einem dreisten Coup wurde er jetzt am 15. August aus italienischer Haft befreit und in die Bundesrepublik entführt. Von wem? Man braucht wenig kriminalistischen Scharfsinn, die Hintermänner herauszufinden. Sie sitzen in Bonn.

Es war vor allem die Bundesregierung, es waren Heinemann, Willi Brandt, Helmut Schmidt, Genscher, die immer unverschämter Kapplers Freilassung von der italienischen Regierung forderten.

Keine Gnade für den Nazi-Bluthund!

war und ist die Forderung aller ehrlichen Antifaschisten, ob italienischer, deutscher oder irgendeiner anderen Nationalität, die unter dem Hitler-Faschismus gelitten und im Kampf gegen ihn Ströme von Blut vergossen haben. Die Herren in Bonn dagegen, mit Krokodilstränen in den Augen, reden von „Gnade", von

Fortsetzung auf Seite 2

Ungeheuerlicher Vorschlag offizieller Gremien

Arbeitermord durch krebserzeugende Stoffe gerechtfertigt!

Es klingt unglaublich, aber es ist wahr: In Gremien, die vom Bundesarbeitsministerium eingerichtet wurden, sowie unter Arbeitsmedizinern wird derzeit ernsthaft erwogen, ob das Problem der Zerstörung von Gesundheit und Leben von Arbeitern durch krebserregende Arbeitsstoffe künftig dadurch „gelöst" werden soll, daß an entsprechenden Arbeitsplätzen künftig „nur noch" ältere Arbeiter (über 40) beschäftigt werden sollen. Auf diese Weise, so argumentieren in grenzenlosem Zynismus die Befürworter dieser „Lösung", könne die Zahl der Krebserkrankungen gesenkt werden, weil ja ein Teil der Betroffenen schon gestorben sei, ehe sich die tödliche Krankheit entsprechend stark im Körper ausgebreitet habe.

Dieser ungeheuerliche „Vorschlag" wurde u. a. von leitenden Werksärzten der Hoechst AG in Frankfurt sowie der Bayer AG in Leverkusen gemacht. Er wurde bereits im Mai dieses Jahres auf einer Tagung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ernsthaft diskutiert und von einer großen Zahl von Konferenzteilnehmern unterstützt. Der Arbeitskreis „Krebserregende Arbeitsstoffe" beim Bonner Arbeitsministerium, der sich aus Unternehmern, Arbeitsmedizinern, Gewerkschaftsbonzen sowie Vertretern des Ministeriums zusammensetzt, sprach sich sogar mehrheitlich für diese „Lösung" aus. Ferner wurde der „Vorschlag" vor kurzem auch in der Fachzeitschrift des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften „Die Berufsgenossenschaft" propagiert.

Vor zwei Jahren kam es in der Bundesrepublik zu dem sogenannten „PVC-Skandal". In Troisdorf starben sechs Arbeiter der Chemiefabrik Dynamit-Nobel, die in der Produktion von PVC, einem der gebräuchlichsten Kunststoffe, beschäftigt und dabei dem hochgiftigen und krebserzeugenden Gas Vinylchlorid (VC) ausgesetzt waren. Es stellte sich heraus, daß schon seit Jahren die Chemiekapitalisten nichtsahnende Arbeiter bei der PVC-Produktion in starkem Maße diesem tödlichen Gas ausgesetzt hatten. In der „Recklinghäuser Zeitung" stand im Juni 1975 ein Artikel, aus dem hervorgeht, daß nach amtlichen Untersuchungen bis Ende 1974 mindestens 50 PVC-Arbeiter infolge der Vergiftung durch VC-Gas an Krebsgeschwulsten gestorben sind. In diesem Artikel wurde ferner berichtet, daß elf PVC-Arbeiter Selbstmord begangen hatten und daß es in einigen dieser Fälle „ziemlich sicher" sei, daß die Betroffenen

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Fünf Kokereien sollen stillgelegt werden ... 2
Thyssen/Henrichshütte Hattingen: eine üble Knochenmühle ... 5
D„K"P-Betriebsrat verrät den Kampf ... 5
Zum „Rote Fahne"-Kommentar zur „Wiedereinsetzung des Genossen Deng Hsiao-ping in seine Ämter" ... 6
Brutale Gewalt und Hetze gegen politische Gefangene ... 7
Köln: Brutale Verfolgungsjagd ... 7
Faschistischer Terroranschlag gegen Büro Croissant ... 7
Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb ... 8
Spanien: Erfolgreicher Streik der Hotelangestellten ... 10
Brief der KPD/ML an die KPI/ML ... 10
„Südostasiatische Kulturwoche" in Tübingen: Bonner Propaganda für faschistische Massenmörder ... 11

Kohlehalden wie noch nie

Fünf Kokereien sollen stillgelegt werden

Die Ruhrkohle AG (RAG) will bis Ende 1978 fünf ihrer gegenwärtig noch 19 Kokereien dichtmachen. Damit werden mehr als 1.600 Arbeitsplätze vernichtet. Mit den geplanten Stillegungen wird die derzeitige Kokereikapazität von 20,6 Millionen Tonnen um 3,8 Millionen Tonnen reduziert. Die RAG begründet die Stillegungspläne mit der Stahlflaute. Obwohl die Kokereien derzeit nur 75 Prozent ihrer Kapazität fahren würden — so die RAG-Bosse — müsse mit einer Kokshalde von 14 Millionen Tonnen am Jahresende gerechnet werden.

Und so sieht der Plan der RAG-Bosse aus: Ende 1977 werden die Kokereien Königsborn in Unna (338 Beschäftigte) und Friedrich Thyssen in Duisburg-Hamborn (447 Beschäftigte) geschlossen. Im Frühjahr 78 ist die Kokerei König Ludwig in Recklinghausen mit 298 Beschäftigten an der Reihe. Gegen Ende des nächsten Jahres werden dann die Kokereien Grimberg in Bergkamen (286 Beschäftigte) und Friedrich Heinrich in Kamp-Lintfort stillgelegt.

Koks ist bekanntlich einer der wichtigsten Brennstoffe. Er wird vorwiegend für die Stahlproduktion und die Stromerzeugung eingesetzt. Koks wird aus Kohle gewonnen. Wenn die Koksproduktion eingeschränkt wird, so bedeutet das, daß auch weniger Kohle gefördert werden soll, d. h. daß die RAG-Kapitalisten weitere Zechenstillegungen planen.

Haben wir also zuviel Energie? Glaubt man den Bonner Politikern und den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse, so ist das genaue Gegenteil der Fall und wir befinden uns am Rande eines katastrophalen Energiemangels. Wer erinnert sich nicht der Drohungen, daß bis 1985 die Lichter ausgingen, falls die vorgesehenen Atomkraftwerke nicht gebaut werden könnten, daß die Wirtschaft zusammenbrechen werde usw. usf. Die „Bild"-Zeitung malte die angeblichen Folgen plastisch aus: „Kühlschränke tauen ab, Heizungen bleiben kalt, 2,5 Millionen Arbeitslose . . ."

Forschungsminister Matthöfer kündigte bereits an, angesichts der eingetretenen Verzögerung bei der Realisierung des Bonner Energieprogramms seien Energiesparmaßnahmen unumgänglich. Und zwar seien das wichtigste Mittel dafür Tariferhöhungen, „um einen bewußteren Energieverbrauch auf breiter Front zu erzielen".

Für wie dumm hält eigentlich die Bonner Regierung und die bürgerliche Presse die arbeitende Bevölkerung? Glauben die Herren denn im Ernst, daß man sich nicht fragt, warum der Staat einerseits das Gespenst der Energiekatastrophe an die Wand malt, während er andererseits die Produktion von Kohle und Koks gewaltsam drosselt und dies damit begründet, daß sich überschüssige Kohle auf den Halden türmt? Und wir haben ja tatsächlich mit über 30 Millionen Tonnen die größten Kohlenhalden seit Bestehen der Bundesrepublik und auf den Zechen wird Kurzarbeit verfahren.

In Wahrheit ist die Propaganda von der Energieknappheit durch und durch verlogen. Mit diesen Parolen und Drohungen sollte der Widerstand gegen das Bonner Energieprogramm, gegen den Bau der Atomkraftwerke geschwächt werden. Man wollte die Bewegung gegen die Atomkraftwerke verteufeln und von den wirklichen Gründen ablenken, die den Staat und die Kapitalisten dazu trieben, die berechtigte Sorge der Bevölkerung um die Zerstörung der Umwelt und um die gefährlichen Folgen der bestehenden und geplanten Atomkraftwerke mit Füßen zu treten, und mit brutalem Terror gegen die Kernkraftwerksgegner vorzugehen. Und worin bestehen diese Gründe? Keineswegs in der Furcht, daß in Zukunft nicht genügend Energie aus Kohle oder anderen Energieträgern zur Verfügung steht, sondern einzig und allein in der Tatsache, daß sich die Kapitalisten aus dem Bau der Atomkraftwerke große Profite erhoffen, daß die Atomenergie ihnen einen größeren Reibach bringt.

Die Werktätigen lassen sich jedoch nicht für dumm verkaufen. Um so unverschämter die Bourgeoisie versucht, mit Lügen ihre wirklichen reaktionären Absichten zu verschleiern, um so entschlossener werden sich die Massen zum Kampf gegen diesen Ausbeuterstaat zusammenschließen.

Massenmörder ausgebrochen!

Fortsetzung von Seite 1

„Mitleid" mit dem — angeblich — „todkranken" Nazi-Mörder, von „30 Jahre sind genug Buße", von „humanitären Gründen". Ausgerechnet diejenigen, die politische Häftlinge in westdeutschen Gefängnissen kaltschnäuzig verhungern lassen. Ausgerechnet diejenigen, deren Polizei jeden Monat unschuldige Menschen, Jugendliche von kaum 17 oder 20 Jahren wie in Bochum oder Garmisch, in „vermeintlicher Notwehr" erschießt.

Wenn natürlich einer ihrer Herren und Geldgeber, ein Finanzhai wie J. Ponto bei einem Attentat ums Leben kommt, geraten sie in Panik. Da werden mit Hunderttausenden DM Belohnung Kopfgeldjäger gesucht, Grenzkontrollen verschärft, Flughäfen überwacht, Großrazzien, Hausdurchsuchungen, Steckbriefkampagnen und Fernsehsondersendungen eingesetzt, ja selbst die UNO im „Kampf gegen den Terrorismus" bemüht. Da ist ihnen und ihren Tintenkulis plötzlich „jedes Menschenleben heilig". Diese Heuchler! Sind ihnen die 335 ermordeten italienischen Menschen etwa heilig? Die Tausende und Abertausende, die im KZ zu Tode gequält wurden?

Hohn für die Opfer des faschistischen Terrors

Oder was ist es anderes, wenn sich der Lüneburger Staatsanwalt nicht entblödet, vor die Fernsehkameras zu treten und zu sagen, er hätte „in der italienischen Presse gelesen", Herbert Kappler sei „in einige Mordfälle verwickelt", doch man habe keine Akten darüber und könne den ausgebrochenen Mörder deswegen nicht verhaften... Und den entführten Häftling auszuliefern — erlaube natürlich das Grundgesetz nicht. Was es aber erlaubt, ist die jahrzehntelange offene politische, juristische und polizeiliche Unterstützung des westdeutschen Staates für das gesamte Pack der Nazi-Schergen, der SS- und SA-Größen, KZ-Kommandanten, Folterer und Judenmörder.

Bonner Hilfe für NS-Gewaltverbrecher

Da war z. B. der Auschwitzkommando-Führer und Häftlingsmörder Alois Frey — 1974 „mangels Beweises" freigesprochen. Der frühere Gestapo- und spätere Bundeswehroffizier Wolfgang Abel, Mörder von 150 russischen Juden — 1976 „wegen Verjährung" freigesprochen. Der SS-Hauptsturmführer und Vernichtungslager-Kommandant Karl Streibel, Verantwortlicher für die Ermordung von einer Million polnischer Juden, — 1976 freigesprochen. Der 176fache Mörder Albert Krüger, der in Rußland als Hitlerpolizist vorzugsweise Kleinkindern befahl, sich auf die Erde zu legen, und ihnen dann in die Augen schoß — Prozeß 1976 ausgesetzt aus „gesundheitlichen Gründen". Oder der SS-Unterscharführer Willi Sawatzki, der in Auschwitz 400 jüdische Kinder aus Mangel an Giftgas einfach bei lebendigem Leib verbrannte — 1967 in Frankfurt „mangels Beweises" freigesprochen. Der Nazi-„Arzt" Kurt Born, der mehrere tausend psychisch Kranke in die Gaskammer schickte — freigesprochen, wegen „mangelndem Unrechtsbewußtsein". Der SS-Obergruppenführer Werner Best, Mörder von 8.723 polnischen Juden, — auf freien Fuß gesetzt — weil er „die Verhandlung gesundheitlich nicht durchstehen" würde. Oder der SS-Hauptscharführer und Gestapo-Mann Gustav Barschdorf, der in Oslo Widerstandskämpferinnen zu Tode folterte — „lebenslänglich", dann sofort auf freien Fuß gesetzt: Haftverschonung. Er arbeitete nach dem Krieg im Verfassungsschutz...

Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Und das sind nur diejenigen, denen in der Bundesrepublik nach 30 Jahren bewußter Prozeßverschleppung überhaupt ein Prozeß gemacht wurde. Die Mehrzahl aber der Mordbanditen Hitlers wurden nie behelligt. Heute, nach gut dreißig Jahren, haben die westdeutschen Imperialisten nicht mehr die geringste Scheu, ein ganzes Volk, das italienische, zu provozieren und zu beleidigen, indem sie Herbert Kappler seiner gerechten Strafe entziehen.

Fluchthelfer, Entführer, Mörder-Komplizen

Gleich nach der geglückten Entführung Kapplers ließen sie vorsorglich die Presse einen Wust von Lügen und Falschmeldungen verbreiten. Den Vogel schossen Bonn, das Fernsehen, Rundfunk und Presse ab, als sie unverfroren behaupteten, ausgerechnet der „Rote Morgen" — den man schon bei der Erschießung Pontos „bemüht" hatte, sei für Kapplers Befreiung verantwortlich. Doch dieses dummdreiste Ablenkungsmanöver kann ihre Komplizenschaft nicht vertuschen. Zu unverhohlen ist die Freude bei den offiziellen Stellen über das geglückte Verbrechen. Nachdem „Bild" gleich einen Riesenblumenstrauß für den Massenmörder überbrachte, Polizisten fürsorglich die Bewachung seines Hauses übernahmen, fehlte eigentlich nur der rote Teppich am Grenzübergang.

Die Befreiung Kapplers ist tatsächlich kein Einzelfall. Das beweist die von Bundesregierung, Alt- und Neonazis, von der Presse ununterbrochen betriebene Kampagne zur Befreiung des Hitler-Stellvertreters Heß. Man kann sicher sein: Lebte Adolf Hitler noch in irgendeinem Zuchthaus, würde Bonn spätestens jetzt auch für diesen „armen alten Mann, der genug gebüßt hat", die Freiheit fordern. Die zahllosen Freisprüche in den NS-Prozessen, die ungehemmte Tätigkeit faschistischer Organisationen in der Bundesrepublik, die Flut der Hitler-Filme, Hitler-Bücher und Hitler-Schallplatten — zweifellos arbeitet Bonn mit Methode: an der Ehrenrettung des Nazi-Regimes, der Fürsorge für dessen Schergen, an der propagandistischen Vorbereitung einer neuen faschistischen Diktatur. Die

sofortige Auslieferung des Kriegsverbrechers Kappler an die italienischen Behörden

liegt daher nicht nur im Interesse des italienischen, sondern auch des deutschen Volkes. Unverschämt behaupten die Bonner Politiker jetzt, das deutsche Volk sei froh, daß Kappler wieder in Deutschland ist. Die Wahrheit ist: Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk sieht diesen Verbrecher lieber heute als morgen am Laternenmast. Den Herren, die Kappler unter ihre Fittiche genommen haben, sei aber gesagt: Das letzte „tausendjährige Reich" existierte 12 Jahre. Der nächste Versuch, es zu errichten, wird zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und zur Ausrottung der Wurzeln des Faschismus, des Imperialismus in Deutschland führen. Und wenn das Volk dann richtet, werden die Verantwortlichen endlich das bekommen, was sie verdienen.

Offen gesagt...

Kein Unterschied

„Die Bevölkerung Bulgariens", meldete die „Frankfurter Rundschau" am 12. 8. 77, „wird ab Beginn nächsten Jahres in einem neuartigen Registrierungssystem erfaßt werden. Wie es in einem Bericht der Bulgarischen Telegraphen-Agentur (BTA) dazu heißt, werden für alle bulgarischen Bürger und die sich ständig im Lande aufhaltenden Ausländer ‚personale' Registrierkarten ausgestellt, in denen sowohl Angaben über Namen, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, Wohn- und Aufenthaltsort jeder einzelnen Person als auch über Arbeitsplatz, Ausbildung, Fachrichtung und ausgeübten Beruf enthalten sind. Auch eventuelle ‚rechtliche Einschränkungen', wie zum Beispiel der Entzug von Bürgerrechten, soll erfaßt werden." Der Name dieses bulgarischen Registriersystems, nach dem jeder Bürger eine zehnstellige Nummer bekommt, ist ESGRAON.

So neuartig, wie die „Frankfurter Rundschau" behauptet, ist dieses Registriersystem aber keineswegs. Nachdem ein ähnliches Registriersystem 1957 zum ersten Mal in Schweden eingeführt wurde, führten es die verschiedensten kapitalistischen und revisionistischen Staaten ein bzw. planten seine Einführung. So Norwegen, Finnland, Israel, Argentinien, Japan, Belgien, Holland, Luxemburg, Schweiz, DDR oder **auch die Bundesrepublik**. Der einzige Unterschied zwischen den Registriersystemen ist der, daß einige Staaten mit 10-, einige mit 12stelligen Codes arbeiten.

Dieses Registriersystem hat in allen diesen Staaten den gleichen Zweck — die Werktätigen einem möglichst lückenlosen System der Überwachung und Bespitzelung zu unterwerfen, ihnen ein Entrinnen aus der staatlichen Kontrolle so schwer wie möglich zu machen. Es ist ein faschistisches System, das zeigt, daß alle diese Staaten, ob sie sich nun „sozialistisch" nennen wie die DDR oder Bulgarien, ob sie sich „demokratisch" nennen wie die skandinavischen Staaten oder die Bundesrepublik, ob es in ihnen noch gewisse Rechte für die Werktätigen gibt oder ob sie die Werktätigen mit den terroristischen Methoden einer offen faschistischen Diktatur unterdrücken — hemmungslos und brutal nach immer perfekteren Mitteln suchen, um ihre Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft über die Werktätigen auszubauen und abzusichern. Es zeigt, daß sich die herrschenden Klassen dieser Staaten über alle zwischen ihnen bestehenden Widersprüche in einem vollkommen einig sind und intensiv zusammenarbeiten — darin nämlich, wie sie die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unterdrücken können, wie sie vor allem die Avantgarde in diesen Kämpfen, die marxistisch-leninistischen Parteien, bekämpfen und zerschlagen können.

Aber dies wird ihnen auch mit den ausgeklügelsten Methoden nicht gelingen. Weder im Westen, noch im Osten. Weder in Europa, noch in Lateinamerika, noch in irgendeinem anderen Teil der Welt. Denn wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Und die Werktätigen werden erkennen, daß sie gegen die brutalen Unterdrückungsmethoden der herrschenden Klassen keinen anderen Weg zu ihrer Befreiung gehen können als den der gewaltsamen Revolution und der Errichtung des Sozialismus.

Kurz berichtet

FRANKFURT

Am 13. August fand in Frankfurt eine Demonstration der Faschisten statt. Außerdem führten sie eine Kundgebung auf der Konstablerwache-Zeil, der Haupteinkaufsstraße von Frankfurt durch.

Diese Provokationen der Faschisten wurden erst zwei Tage vorher vom Verwaltungsgericht erlaubt, nachdem sie erst scheinheilig vom Oberbürgermeister verboten worden waren; offensichtlich deshalb, um den Kampf dagegen zu verhindern. Wie sehr nämlich die Sicherheit der Faschisten der Stadt am Herzen lag, konnte man daran sehen, daß etwa ein Stand der Faschisten auf der Zeil, der von vier Faschisten durchgeführt wurde, von ca. 50 Polizisten, einem Wasserwerfer und ca. 20-30 Spitzeln beschützt wurde.

Die Partei verteilte gegen diese faschistische Provokation ein Flugblatt, verkaufte etliche „Rote Morgen" und führte viele Diskussionen mit den Werktätigen auf der Zeil.

EMSDETTEN

„Weg mit der Neutronenbombe — KPD/ML." Mit dieser Parole protestierten Genossen aus Emsdetten gegen die geplante neue Waffe der US-Imperialisten.



ISERLOHN

In Iserlohn fand am 11. August eine Veranstaltung zu Albanien statt — „Albanien, einziges sozialistisches Land in Europa". Zu dieser Veranstaltung hatten die Genossen im Stadtgebiet kleine gelbe



Plakate angebracht und Faltblätter verteilt und gesteckt. Zu der Veranstaltung kamen dann neben den Genossen zehn Sympathisanten und Kollegen. Die meisten von ihnen kamen zum ersten Mal zu einer Veranstaltung der Partei. Nach einer Rede und einem ausführlichen Diavortrag über Albanien und über die Reiseerfahrungen der Genossen in Albanien entwickelte sich eine sehr lebhafte Diskussion darüber, was man von dem Beispiel Albanien für den Kampf hier in Deutschland lernen kann.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Der Kampf gegen die Tito-Clique muss weitergeführt werden

Gegenwärtig unternimmt der revisionistische Renegat Tito eine Reise, die ihn durch die Sowjetunion und einige andere Länder führt. Er reist in der Maske des Staatsmannes eines sozialistischen Landes, eines erprobten Kämpfers gegen den Imperialismus, dem vor allem der Zusammenschluß der Länder der sogenannten dritten Welt am Herzen liegt. Aber dieser Tito ist von Stalin, von Mao Tsetung und Enver Hoxha, von den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt längst als Verräter und Agent des Imperialismus entlarvt und gebrandmarkt worden. Und es gibt heute nicht den geringsten Grund, dieses Urteil, das die kommunistische Weltbewegung über ihn gesprochen hat, zu revidieren.

Nach wie vor ist das Verhältnis zur Tito-Clique ein Prüfstein zur Unterscheidung zwischen einer wahrhaft revolutionären und einer reaktionären Politik. Nach wie vor steht in dieser Hinsicht für die Marxisten-Leninisten die Frage gegenüber der Tito-Clique so, wie es die KP Chinas in der historischen Polemik gegen den Chruschtschow-Revisionismus erklärte, nämlich „daß man diese Bande von Verrätern bloßstellt und entschieden bekämpft".

Am 29. Juni 1948 wurde vom Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien die Resolution mit dem Titel „Über die Lage in der KP Jugoslawiens" verabschiedet. Diese Resolution deckte eine Reihe von ernsthaften Fehlern auf, die von der jugoslawischen Partei unter der Führung Titos begangen wurden.

Die KP Jugoslawiens war von der marxistischen Klassentheorie abgewichen. Sie verneinte die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und propagierte stattdessen das friedliche Hineinwachsen der bürgerlichen Kräfte in die sozialistische Gesellschaft. Sie lehnte die führende Rolle der Partei ab und ersetzte sie durch eine Volksfront verschiedener Klassenkräfte. Die titoistischen Führer verletzten ernsthaft die innerparteiliche Demokratie und griffen zu trotzkistischen Zwangsmethoden.

Im Verhältnis zu den Bruderparteien wichen sie von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab, betrieben sie Subversion gegen andere Parteien und eine Politik des bürgerlichen Nationalismus.

Die Resolution des Informationsbüros wurde von allen kommunistischen und Arbeiterparteien einstimmig angenommen. Worin besteht ihre besondere Bedeutung? In dieser Entschließung, ebenso in zwei Briefen, die im gleichen Jahr von Genossen Stalin zur Lage in der jugoslawischen Partei verfaßt wurden, ist zum ersten Mal umfassend das Auftreten des modernen Revisionismus in der Führung einer Partei an der Macht aufgedeckt worden.

In der Resolution wurden die Kommunisten zur Wachsamkeit gegenüber dieser gefährlichen bürgerlichen Strömung aufgerufen. Insbesondere wurde herausgestellt, daß auch nach dem Sieg der proletarischen Revolution die Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus besteht, und daß deshalb die Parteien der sozialistischen Länder ihre Anstrengungen zur Festigung der Diktatur des Proletariats verstärken müssen.

Gerade aufgrund dieser wichtigen Schlußfolgerungen wurde die Resolution von den kommunistischen Parteien der ganzen Welt so einhellig begrüßt. So heißt es zum Beispiel in einer Erklärung des Parteivorstands der damals noch revolutionären SED vom 16. September 1948: „Die Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien hat große theoretische und praktische Bedeutung für die Länder der Volksdemokratie und für die Länder, in denen der demokratische Umschwung erfolgt. Dem Politbüro der KPdSU(B) und besonders dem Genossen Stalin sei Dank dafür, daß sie rechtzeitig die Fehler der KPJu enthüllt und damit der Arbeiterklasse in den anderen Ländern im Kampfe für den demokratischen Fortschritt, gegen den Imperialismus, für die Sache des Sozialismus geholfen haben."

So war die Entschließung des Informationsbüros eine Waffe in den Händen der Marxisten-Leninisten, die entscheidend zur Festigung des sozialistischen Lagers, zur Vereinheitlichung der kommunistischen Weltbewegung beitrug. Die Frage, ob man an der entschiedenen Verurteilung des Titoismus festhält, war und ist eben die Frage, ob man an der sozialistischen Revolution festhält, oder ob man den Titoisten folgt. Ist es da verwunderlich, daß alle Verräter, egal welcher Schattierung, die in den Reihen der kommunistischen Bewegung auftauchten, wütend diese Entschliessung und den Genossen Stalin angriffen, daß sie die Tito-Clique rehabilitierten und die Zusammenarbeit mit ihr suchten?

Der Genosse Enver Hoxha sagte dazu auf dem 7. Parteitag der PAA: „Der jugoslawische Revisionismus, der sogenannte ‚Selbstverwaltungssozialismus' war es, der als erster dem Weltkapitalismus zu Hilfe kam und mit hemmungslosem Eifer den Kampf gegen die Revolution und den Marxismus-Leninismus aufnahm. Entstanden als eine opportunistische ideologische Strömung und als eine politische Praxis, um die wahren kommunistischen Parteien von innen heraus zu unterhöhlen, bleibt er eine bevorzugte Waffe der internationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Sozialismus und die Befreiungsbewegungen. Die Gefährlichkeit des jugoslawischen Revisionismus besteht darin, daß er all denen, die den Weg des revisionistischen Verrats und der kapitalistischen Entartung einschlagen, fertige Konzepte und ‚erprobte' Wege offeriert. Zunächst die Chruschtschowleute und dann die Togliattisten und die anderen holten sich beim jugoslawischen Revisionismus Anregung und fanden bei ihm Unterstützung und Ermutigung im Kampf gegen den Sozialismus und die marxistisch-leninistische Ideologie."

Faschistischer Terror gegen das Volk

Das Leben selbst hat bewiesen, daß die Verurteilung der Tito-Clique durch die internationale kommunistische Bewegung vollkommen richtig war, daß der Kampf gegen den Titoismus ein Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution, ein Kampf auf Leben und Tod ist. Schon Ende der vierziger Jahre ging die Tito-Clqiue dazu über, den faschistischen Terror gegen die Kommunisten und das Volk zu entfachen. Tausende von Kommunisten und revolutionären Werktätigen wurden in Konzentrationslagern des Staatssicherheitsdienstes wie Goli Otok oder Stara Gradiska eingekerkert. Ganze Parteikomitees wie das Landeskomitee von Istrien verschwanden in diesen Lagern. Die besten Söhne des jugoslawischen Volkes, die im nationalen Befreiungskampf in den ersten Reihen gestanden hatten, wurden Opfer des Mordterrors, wurden erschossen oder starben unter der Folter in den Todeslagern.

Die Tito-Clique ging mit Riesenschritten daran, alle Reste des Sozialismus rücksichtslos zu liquidieren. Schon 1951 wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft durch Gesetzbeschluß rückgängig gemacht und damit der Entwicklung der Kulakenwirtschaft freie Bahn geschaffen. Die reichen Bauern konnten nun nach Belieben Land kaufen, Tagelöhner einstellen und ausbeuten. Die Folge war die zunehmende Verelendung der armen Bauernschaft, eine breite Landflucht der ruinierten Bauern, die Verödung ganzer ländlicher Regionen.

In der Industrie setzten die Titoisten an die Stelle der sozialistischen Planwirtschaft ein System, dem sie demagogisch den Namen „Arbeiterselbstverwaltung" gaben. Dieses System zerstörte die einheitliche Wirtschaftsplanung und ersetzte sie durch das Prinzip der hemmungslosen bürgerlichen Konkurrenz zwischen den Betrieben. Die Arbeiter aber haben in den jugoslawischen Betrieben nichts zu sagen, sie sind vollständig den Direktoren ausgeliefert. Und die neue Bourgeoisie, zu der auch die Betriebsdirektoren gehören, eignet sich die Früchte ihrer Arbeit an, läßt sie für ihre Profite schuften.

In den internationalen Beziehungen entfachten die Titoisten ein großes Propagandageschrei für ihr Konzept der „Blockfreiheit". Sie verwischten den unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem Weltimperialismus und dem damals bestehenden sozialistischen Lager. Offen hetzten sie, zwischen beiden Lagern bestehe kein Unterschied, und sie forderten die um nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dazu auf, nicht die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zu suchen, sondern sich unter der Regie der Tito-Clique und der indischen Reaktionäre in einer sogenannten Blockfreien-Bewegung zusammenzuschließen.

Aber wie sah es mit der angeblichen Blockfreiheit der Titoisten tatsächlich aus? Im gleichen Maße, wie sie den Sozialismus in Jugoslawien liquidierten, betrieben sie den Ausverkauf des Landes an die amerikanischen Imperialisten. Dollarkredite in Milliardenhöhe überschwemmten das Land. Natürlich war das keine uneigennützige Hilfe, wie in Washington und Belgrad behauptet wurde. Den USA-Imperialisten ging es um die wirtschaftliche Kontrolle über Jugoslawien. Und es ging ihnen um mehr. So erklärte der damalige amerikanische Außenminister Rusk in aller Offenheit: „Jugoslawien war und ist eine Quelle der Spaltung im Schoß des internationalen Kommunismus."

Die amerikanischen Imperialisten betrachteten Jugoslawien als ihren Brückenkopf, von dem aus sie mit „friedlichen" und terroristischen Mitteln, mit ideologischer Infiltration und bewaffneter Sabotage das sozialistische Lager zersetzen und schließlich zerstören wollten. Die Tito-Clique, die sie sich mit ihren Dollars gekauft hatten, war bereit, für die Wallstreet-Monopole jedes Verbrechen gegen den Sozialismus zu begehen.

Die Tito-Clique gegen Albanien und China

So konnte Rusk vor dem amerikanischen Senatsausschuß für die Beziehungen mit dem Ausland berichten: „Tito macht alle Anstrengungen, um das Regime Enver Hoxhas in Albanien durch geheime Operationen innerhalb der kommunistischen Partei zu stürzen. Wenn diese subversiven Handlungen scheitern, wird er zu militärischen Aktionen übergehen."

Die Titoisten organisierten im amerikanischen Auftrag und mit Hilfe von albanischen Verrätern auch tatsächlich mehrere Komplotte, um die sozialistische Staatsmacht in Albanien zu stürzen, um Albanien zur siebten Republik Jugoslawiens zu machen und es damit in den Herrschaftsbereich des Dollarimperiums einzugliedern. Und wie Rusk es gesagt hatte, gingen sie auch zu militärischen Aktionen über. 1960 stellte die PAA fest, daß 58% aller nach Albanien eingedrungenen bewaffneten Diversanten aus Jugoslawien kamen. Aber die Tito-Banditen und ihre amerikanischen Auftraggeber scheiterten an der Wachsamkeit der PAA und ihrer stählernen Einheit mit dem Volk.

Gemeinsam mit den USA-Imperialisten trat die Tito-Clique auch gegen die Volksrepublik China auf. Als nach dem amerikanischen Überfall auf Korea chinesische Freiwillige dem koreanischen Brudervolk zu Hilfe eilten, wurde diese von allen Völkern begrüßte internationalistische Handlung von den Titoisten als „aktive Einmischung in den Koreakrieg" diffamiert. Sie gingen sogar so weit, vor der UNO ein Embargo gegen China und Korea zu fordern.

Eine genauso üble Rolle spielte die Tito-Clique in Ungarn, wo sie gemeinsam mit amerikanischen Agenten und den ungarischen Reaktionären um Imre Nagy den konterrevolutionären Putsch von 1956 anzettelte. So wie die Titoisten ein Stoßtrupp des amerikanischen Imperialismus gegen die sozialistischen Länder waren, erfüllten sie auch stets ihre Rolle als Agentur des Imperialismus in der nationalen Befreiungsbewegung der Völker. Ihr Konzept der sogenannten Blockfreiheit war und ist der Versuch, die um Freiheit ringenden Völker auf den jugoslawischen Weg zu zerren, den Weg der Öffnung für das imperialistische Kapital, den Weg der Zusammenarbeit und schließlich der Kapitulation vor dem Imperialismus.

Deshalb traten die Titoisten stets gegen den einzigen wirklichen Weg zur Befreiung, die bewaffnete Revolution unter der Führung des Proletariats und seiner Partei auf. Ob es die kubanische oder die vietnamesische Revolution, ob es der Befreiungskampf des indonesischen oder des kongolesischen Volkes war, stets stellten sich die Titoisten wütend gegen den bewaffneten Kampf, priesen stattdessen das Niederlegen der Gewehre zugunsten sogenannter friedlicher Lösungen im Interesse des Imperialismus an. Ja, sie beteiligten sich selbst aktiv an solchen Lösungen, indem sie zum Beispiel die vom USA-Imperialismus unter UNO-Flagge gegen das kongolesische Volk begangene Aggression mit jugoslawischem Luftwaffenpersonal unterstützten.

Dem Weg der Oktoberrevolution oder dem jugoslawischen Weg folgen?

Die Frage, wie man den Titoisten entgegentritt, ob man sie bis zum Ende entschlossen bekämpft, oder ob man ihre Verbrechen beschönigt, die Zusammenarbeit mit ihnen sucht und ihnen schließlich auf dem Weg des Verrats folgt, diese Frage ist immer ein wichtiger Abschnitt des Kampfes zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus gewesen. Nach dem Sturz der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion war es die revisionistische Chruschtschow-Clique, die damit begann, den Renegaten Tito zu rehabilitieren. Damals verteidigten die kommunistischen Parteien Albaniens und Chinas gemeinsam mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Kräften die richtige Verurteilung der Tito-Clique durch Stalin und das Informationsbüro.

Aufgrund ihres mutigen und prinzipienfesten Kampfes gegen die Chruschtschow-Revisionisten, nahmen die 1960 in Moskau versammelten kommunistischen Parteien eine Erklärung an, in der die Titoisten einmütig als Verräter gebrandmarkt werden, die der kommunistischen Weltbewegung ihr „antileninistisches revisionistisches Programm" entgegenstellen.

Gegenüber den Versuchen Chruschtschows und seiner Anhänger, diese Erklärung nachträglich zu revidieren, indem er Jugoslawien den falschen Titel eines „sozialistischen Staats" verlieh, stellte die KP Chinas fest: „Diese Frage ist nicht nur die Frage, wie man den Charakter des Staats Jugoslawien beurteilen soll, sondern bezieht sich auch auf die Frage, welchen Weg die sozialistischen Staaten eigentlich einschlagen sollen: ob sie den Weg der Oktoberrevolution bis zu Ende führen, oder ob sie dem jugoslawischen Weg folgen und den Kapitalismus restaurieren sollen. Diese Frage bezieht sich auch darauf, wie man letzten Endes die Tito-Clique ansehen soll, ob als eine Bruderpartei und gegen den Imperialismus gerichtete Kraft, oder als Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und Helfershelfer des Imperialismus."

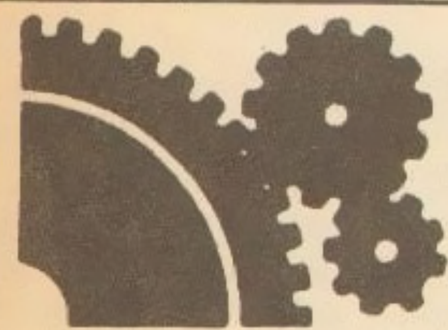
Und genau so und nicht anders steht die Frage auch heute noch. Die Marxisten-Leninisten müssen entschieden den Kampf weiterführen gegen alle alten und neuen Versuche, das Urteil der kommunistischen Weltbewegung über den Renegaten Tito umzustoßen. Heute sind es die Vertreter der opportunistischen „Theorie der drei Welten", wie die Gruppe Rote Fahne, die diesen Verbrecher in einen „Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit gegen die Supermächte" oder in einen Führer der sogenannten dritten Welt umfälschen wollen.

Nationale Unabhängigkeit? Hat sich etwa der Dollar-Imperialismus aus Jugoslawien zurückgezogen? Im Gegenteil, nach wie vor plündern die amerikanischen Monopole das Land aus, nach wie vor ist Jugoslawien auch eine Karte in der Globalstrategie des USA-Imperialismus. Das brachte der Ex-Präsident Ford klar zum Ausdruck, als er im vorletzten Jahr in Belgrad erklärte: „Das amerikanische Interesse an der dauernden jugoslawischen Unabhängigkeit bleibt unvermindert bestehen." Der einzige Unterschied zu früher ist der, daß die Tito-Clique heute ihr Land nicht nur für Dollars, sondern auch für Rubel verkauft, daß sie nicht nur als Komplize der amerikanischen, sondern auch der russischen Supermacht auftritt.

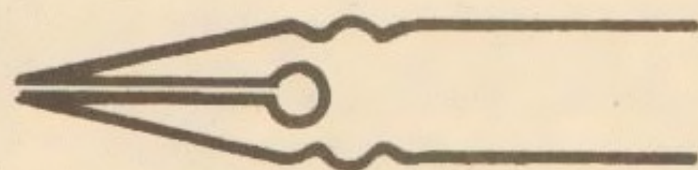
Und wie steht die Tito-Clique heute zum Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus, vor allem die Supermächte? Wo immer die Völker sich zum bewaffneten Kampf erhoben haben, wie zum Beispiel das palästinensische Volk, tritt die Tito-Clique als Feuerwehr der Supermächte auf, versucht die Flammen der Revolution zu löschen und den Boden zu bereiten für die in Moskau und Washington ausgeheckten Komplotte. Wo immer die vom Imperialismus ausgeplünderten Länder Schritte zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit unternehmen, tritt die Tito-Clique gegen solche Schritte wie die Enteignung imperialistischer Monopolgesellschaften auf. Bei der „Blockfreienkonferenz" im letzten Jahr war es Tito, der die Teilnahme der europäischen imperialistischen Länder an dieser Konferenz forderte und so ein neokolonialistisches Bündnis zwischen der „dritten Welt" und der „zweiten Welt" zusammenzimmern wollte.

All das zeigt deutlich, daß die Titoisten nach wie vor eine Bande von Konterrevolutionären, von Agenten des Imperialismus sind. Mit dieser Bande kann es niemals eine Einheit geben. Denn was heißt es denn, wenn man sich mit den Titoisten zusammentut? Das bedeutet, „dem jugoslawischen Weg folgen", zum Verräter an der Arbeiterklasse und der Befreiungsbewegung der Völker, zum Komplizen und Handlanger des Imperialismus werden.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Kühne: Profit auf Kosten der Arbeiter und Konsumenten

Dieser Bericht ist ein Beispiel für die krasse Ausbeutung ungelernter Frauen. In der Fabrik Kühne in Lübeck, die Essig, Senf und Gurken herstellt, sind bezeichnenderweise vorwiegend Gastarbeiterinnen beschäftigt.

Ich arbeite nur einen Abend dort. Beworben hatte ich mich auf eine Anzeige der Lübeckischen Tageszeitung. Kühne suchte weibliche Arbeitskräfte für die Tagesschicht und die sogenannte Hausfrauenschicht von 16.30-22.00 Uhr. In den ersten vier Arbeitswochen sollte ich 6,09 DM Stundenlohn bekommen, danach 6,49 DM.

Der Betriebsleiter erklärte, daß mir eine zusätzliche Leistungsprämie von 1,20 DM gezahlt würde, wenn ich mehr als 80 Gläser in einer Stunde mit Delikateßgurken vollstopfe.

Die Anlagen waren veraltet und zum Teil stark verrostet, daher setzten sich die Gurkengläser oft in den Fließbändern fest. Beim Herausreißen mit den bloßen Händen konnte man sich leicht an den scharfen Glassplittern kaputtgehender Gläser verletzen, die so umherflogen, daß man rasch das Gesicht wegdrehte, um die Augen zu schützen.

Wir alle standen in gebückter Haltung am Fließband, um in fieberhafter Eile die Gurken mit den bloßen Händen in die Gläser zu stopfen. Mit den Daumen drückte man beständig kräftig nach, um möglichst viel hineinzubekommen. Ständig kontrollierte die Vorarbeiterin, daß die vorgeschriebene Nettoeinwaage eingehalten wurde. Bei dieser Hetze fiel mir ein, daß der Betriebsleiter bei der Aufnahme loyal lächelnd bemerkte; ich könne bei meiner Arbeit starke Daumen gut gebrauchen! Durch diese Antreiberei wurde es mir gleichgültig, ob Gurken mit verfaulten Stellen in das Glas rutschten oder nicht.

In der Pause schockierte mich der Toilettenraum mit den Waschanlagen. Es war alles widerlich verdreckt und roch fürchterlich. Seife und Papier waren nicht vorhanden. Wie zum Hohn wurde jeder an den Toilettentüren in vier Sprachen aufgefordert, den Raum sauber zu hinterlassen. Ich hatte Angst, mir eine Krankheit zu holen. Der Aufenthaltsraum war ebenfalls dreckig und kalt. Am unmittelbaren Arbeitsplatz existierte kein einziger Apparat mit Desinfektionslösung für die Hände. Nach wiederholten Bitten bekam man zwar Handschuhe, die meisten Frauen arbeiteten jedoch mit bloßen Händen. Diese Zustände ekelten mich an, hatte ich doch bis jetzt auch die „Delikatess"-Gurken der Firma Kühne verzehrt! Es gab keine Tücher, um die Haare zurückzubinden und man hustete und nieste auf die Lebensmittel.

Sehr bewußt wurde mir die Situation in dieser Fabrik während der 15minütigen Pause. Die Arbeiterinnen wurden auch in der Pause „innerlich" gehetzt und schlangen ihr Brot hinunter. Schon nach zehn Minuten beeilten sie sich, ihre Plätze wieder aufzusuchen. Kühne zwingt seine Arbeiterinnen in den Akkord. Bei den niedrigen Grundlöhnen bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich die Zusatzprämie zu erarbeiten. Dieses System macht die Frauen zu Anhängseln der Maschine und nimmt ihnen auch die kurze Erholung in der Pause.

Ihre S. aus Lübeck

„Milch ist nicht gesund"

Liebe Genossen,

ich arbeite seit einem knappen Jahr in einer Gießerei in Stuttgart. Es ist bekannt, daß die Arbeit in einer Gießerei besonders anstrengend ist.

Durch die vielen Ventilatoren, die Preßlufthämmer und das Pressen und Rütteln der Sandformmaschinen entsteht ein Lärm, daß man sich kaum verständigen kann. Die Öfen zum Schmelzen des Metalls strömen eine starke Hitze aus, die einem besonders im Sommer ziemlich zu schaffen macht. Beim Veredeln und Gießen des Metalls entstehen Gase, daß einem öfters die Augen tränen. Die Luft ist voll mit Staub und Rauch.

In einer Reihe von Gießereien haben sich deshalb die Arbeiter die tägliche Ausgabe von Milch erkämpft, um ihre angegriffene Gesundheit wenigstens etwas zu unterstützen. In unserer Gießerei wird lediglich Tee oder Kaffee ausgegeben, die zwar etwas den Durst lindern aber bei weitem nicht so gesund sind wie Milch.

Ich sprach mit einigen Kollegen darüber und in einer 9-Uhr-Vesperpause stimmten wir dann über unsere Forderung nach täglicher, kostenloser Ausgabe von Milch ab.

Wir beauftragten den Vertrauensmann, unsere Forderung beim Betriebsrat vorzutragen mit ausdrücklichem Hinweis auf unsere Abstimmung.

Es vergingen Wochen und Monate. Nachdem wir unseren Vertrauensmann beauftragt hatten, beim Betriebsrat vorstellig zu werden, berichtete er uns, die Geschäftsleitung habe in einem Brief an den Betriebsrat unsere Forderung abgelehnt. Begründung: Milch sei nicht gesund.

Wir konnten das zuerst nicht glauben. Der Brief der Geschäftsleitung muß am „Schwarzen Brett" ausgehängt werden, war meine Meinung. Ein anderer sagte, der Betriebsrat wird auch so einen lahmen Brief geschrieben haben. Kurz: Der Vertrauensmann wurde beauftragt, beide Briefe oder Kopien zu besorgen.

In der Mittagspause traute ich meinen Augen nicht. Seit Jahr und Tag hat sich kein Betriebsrat bei uns sehen lassen und jetzt kam einer ungerufen.

Dieser Betriebsrat, ein Sozialdemokrat, der unter einigen Kollegen als „Roter" gilt, gab uns zwar nicht die Briefe, bestätigte aber den Brief der Geschäftsleitung und sagte dazu, daß das „Gutachten" der Geschäftsleitung nicht angezweifelt werden könne, das seien die neuesten Ergebnisse der Wissenschaft.

Zwar kam es dabei nicht zu offener Empörung der Kollegen, aber in den nächsten Tagen kursierten einige derbe Witze über die Geschäftsleitung und den Betriebsrat unter den Kollegen. Der Betriebsrat mußte sich außerdem noch einige andere Forderungen und Vorwürfe anhören.

Übrigens, es ließ mir keine Ruhe, ich wollte das „Gutachten" der Geschäftsleitung einmal anschauen. Ein paar Tage darauf begab ich mich ins Betriebsratsbüro. Dieses „Gutachten", das nicht angezweifelt werden kann, ist eine einzige Unverschämtheit.

Da heißt es: Adolf Hitler hätte die kostenlose Abgabe von Milch an Schwerarbeiter eingeführt (wer will also noch kostenlose Milch von der Firma?). Das Trinken von Milch verursache „ein falsches Sicherheitsgefühl", so würden dann unter Umständen andere Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigt. Milch sei in einer Zeit, wo viele unter Dickleibigkeit litten, nicht zu empfehlen. Und schließlich: Milch binde unter Umständen gewisse giftige Substanzen.

Ja — für den Profit der Kapitalisten wird „die Wissenschaft" noch so manchen Purzelbaum schlagen. Aber uns Arbeiter kann man schließlich nicht für dumm verkaufen.

Rot-Front!

Arbeitermord durch krebserzeugende Stoffe gerechtfertigt!

Fortsetzung von Seite 1

sich wegen der schrecklichen Krankheit (meist handelt es sich um Leberkrebs), die zu völliger körperlicher Zerrüttung und zum qualvollen Tod führt, das Leben nahmen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, daß bereits im Jahr 1949 Veröffentlichungen in der damals noch sozialistischen Sowjetunion vor Leberschäden im Zusammenhang mit der PVC-Produktion warnten. Wieviele Arbeiter in der Bundesrepublik insgesamt an der „PVC-Krankheit" gestorben sind, darüber gibt es keine genauen Untersuchungen und keine Veröffentlichungen. Offensichtlich ist der Bonner Staat nicht „motiviert", sie vorzunehmen. Sicher ist, daß Hunderte von PVC-Arbeitern schwere Schäden davongetragen haben.

Die große Empörung, die der „PVC-Skandal" unter der werktätigen Bevölkerung ausgelöst hatte, zwang damals die Regierung sowie die Behörden und die Chemiekapitalisten dazu, sich zu einigen Maßnahmen zu bequemen, die den extremsten Fällen von VC-Vergiftung einen Riegel vorschoben. Es wurde ein zulässiger Höchstwert an VC-Bestandteilen in der Luft festgesetzt. Inzwischen stellte sich jedoch heraus, daß dieser zulässige Wert immer noch krebsauslösend war. Die höchstzulässige Grenze wurde weiter gesenkt. Aber inzwischen gilt als sicher, daß auch noch viel geringere VC-Teile in der Luft gefährlich sind. Es kam auch heraus, daß Krebsgefahr nicht nur in der PVC-Produktion besteht, sondern daß auch Anwohner durch die Emissionen von PVC-Produktionsbetrieben gefährdet sind. Weiter mußte inzwischen zugegeben werden, daß auch bei der Weiterverarbeitung von PVC Krebs ausgelöst werden kann. Ferner ist inzwischen allgemein bekannt, daß eine Reihe anderer Arbeitsstoffe, die häufig Verwendung finden, ebenfalls krebserzeugend sind. So z. B. Benzol, Steinkohlenteer, Asbest, Chrom- und Nickelstoffe u. a.

Wer jedoch geglaubt hat, in den zwei Jahren seit dem „PVC-Skandal" wären entsprechende Maßnahmen und Verbote eingeleitet und erlassen worden, die der Zerstörung der Gesundheit und des Lebens Tausender von Arbeitern durch krebserzeugende Stoffe am Arbeitsplatz weitgehend einen Riegel vorschieben, hat sich getäuscht. Stattdessen wurde jetzt dieser unglaublich zynische „Vorschlag" gemacht, der den Arbeitermord durch giftige Arbeitsstoffe zum legalen und unvermeidlichen Vorgang erklärt nach dem Motto: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Die Herren, die offen für die Beschäftigung älterer Arbeiter an krebsauslösenden Arbeitsplätzen Stellung genommen haben, haben sich das so ausgerechnet: Bis eine Krebskrankheit zu ihrem akuten Ausbruch kommt, dauert das in der Regel ca. 20 Jahre. Wird die Altersgrenze auf 40 Jahre festgesetzt, so treten die zerstörerischen Symptome wahrscheinlich in einem Alter von ca. 60 Jahren hervor, also dann, wenn der Arbeiter für die Kapitalisten ohnedies „uninteressant" geworden ist, weil er in Rente geht, also aus dem Produktionsprozeß ausscheidet. Dieser makabren Kalkulation widersprach inzwischen mit allerdings nicht weniger zynischen Argumenten der reaktionäre „Hartmannbund", indem er darauf hinwies, daß man ja nicht wissen könne, ob ein älterer Arbeiter womöglich bereits unerkannter „Krebsträger" sei, was bedeuten würde, daß die Krankheit dann doch früher zum offenen Ausbruch kommt.

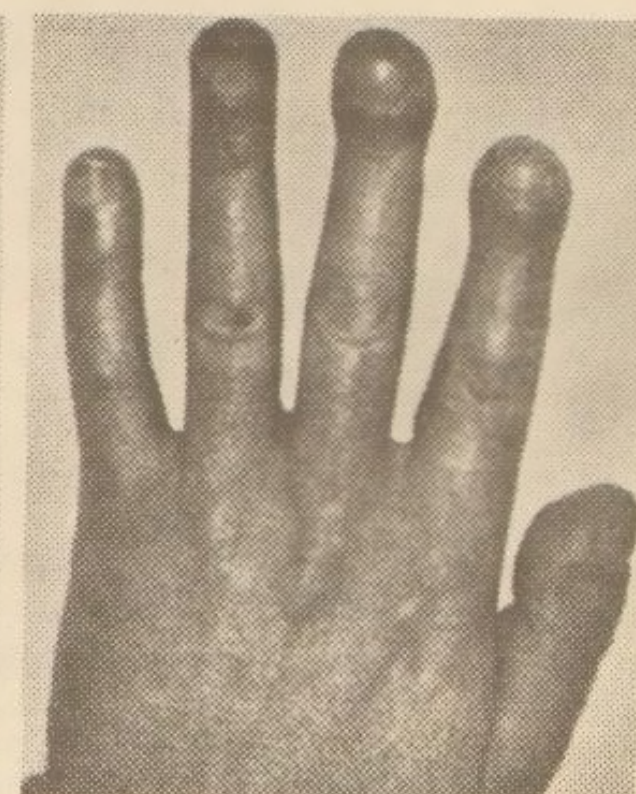
Gemeinhin wird derjenige als Mörder bezeichnet, der aus niedrigen Motiven absichtlich einen Menschen tötet. Was tun die Kapitalisten und ihre Komplizen, die aus Profitgier Arbeiter krebserregenden und lebensgefährlichen Bedingungen aussetzen, anderes? Sie tun dies oft sogar noch mit unglaublicher Heimtücke, indem sie nämlich vor den betroffenen Arbeitern bewußt die Gefahr verheimlichen. In der sogenannten „Diskussion über krebsgefährdende Arbeitsstoffe", wie sie unter Regie des Bonner Arbeitsministers gegenwärtig über die Bühne geht, gibt es sogar „Fachleute", die sich offen dafür aussprechen, so zu verfahren, denn das sei besser „um die Betroffenen nicht zu beunruhigen". Heißt das denn nicht, offen einer verbrecherischen Handlung und sogar heimtückischem Arbeitermord das Wort zu reden? Werden solche Herren, hochbezahlte „Fachleute" mit Doktortitel, deswegen gerichtlich verfolgt? Geht deswegen eine Welle der Entrüstung durch die Massenmedien? Ereifern sich Minister und Parteisprecher in Bonn darüber, wie menschenverachtend und inhuman eine solche Haltung ist? Nichts dergleichen. Es geht ja „nur" um das Leben von Arbeitern!

Für den Profit gehen die Kapitalisten schon von jeher über Leichen, da braucht man sich doch nichts vorzumachen! Solange die kapitalistische Ausbeuterordnung besteht, wird sich daran nichts ändern, denn was hier zählt, ist nur der Profit. Und der kapitalistische Staat schützt und deckt die skrupellose Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Er unternimmt nichts ernsthaftes gegen mörderische Arbeitsbedingungen, gegen die verbrecherische Verheizung von Arbeitern durch profitgierige Unternehmer. Der bürgerliche Staat ist ja nichts anderes, als das Werkzeug der Kapitalistenklasse, mit dem sie ihre Profit- und Machtinteressen sichert und den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung niederhält.

Für die Kapitalisten ist der Arbeiter ein Produktionsinstrument, das nötig ist, um Profit zu erzielen, eine Ware, die die Besonderheit besitzt, beim Einsatz in der Produktion nicht nur die Kosten zu ersetzen, die sie macht (den Lohn), sondern darüber hinaus einen höheren Wert zu schaffen, den Mehrwert. Was interessiert die Kapitalisten es, wenn die Arbeiter gesundheitlich kaputtgehen, wenn sie elend an Krebs verrecken? Was scheren sie sich darum, welche Leiden, welches Elend dies für die Arbeiterfamilien bedeutet? Im Rahmen ihrer Profitkalkulation ist es natürlich auch rentabler, an krebsgefährdeten Arbeitsplätzen die älteren Arbeiter einzusetzen, denn dann wird das Risiko, daß sie Entschädigungen für die Zerstörung der Arbeitskraft bezahlen müssen, geringer, weil der Betreffende oft ohnedies schon Rentner ist, wenn er zum Krüppel wird. Die kranken Kollegen von Dynamit-Nobel kämpfen bis heute, teilweise seit vier Jahren, um ihre Rente. Kein einziger Arbeiter, der durch VC-Gas geschädigt wurde, hat bis heute eine besondere Abfindung oder ein Schmerzensgeld vom Betrieb bekommen.

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit", heißt es so schön im Grundgesetz. Aber solche frommen Sprüche in den bürgerlichen Gesetzbüchern sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Im Kapitalismus ist und bleibt das oberste Recht das Recht der Kapitalisten, die Arbeiter bis aufs Blut auszubeuten, sie als Lohnsklaven den Reichtum schaffen zu lassen, den sich die Ausbeuter, die Bank- und Fabrikherren unter den Nagel reißen.





Links: die durch VC-Gase verkrüppelte Hand eines Arbeiters der Dynamit-Nobel AG. Rechts: „Sie haben höchstens noch zwei Jahre", sagten die Ärzte dem Arbeiter Ernst de Boer, nachdem er drei Jahre bei der „Wacker-Chemie" mit VC-Gasen gearbeitet hatte. Er hat einen schweren Leberschaden, Knochenschäden und allein im letzten Jahr 36 Pfund abgenommen.

Wie hat die Bourgeoisie, wie hat ihre Presse und ihr Fernsehen aufgeheult, als Repräsentanten ihrer Klasse, ihres Ausbeuterstaats, durch Attentate ins Jenseits befördert wurden! Wie wurde da gehetzt: Welche „ungeheure Brutalität" dies sei, wie „heimtückisch" die „unmenschlichen Gewalttäter" doch handeln würden usw. Welche Heuchelei! Wenn die Vertreter dieser Ausbeuterordnung von „Menschlichkeit" schwätzen, wenn sie pazifistische Phrasen gegen „die Gewalt" vom Stapel lassen, so nur, um von ihren Verbrechen gegen die Menschheit und von ihrer reaktionären, faschistischen Gewalt, mit der sie ihre Ausbeuterherrschaft verteidigen, abzulenken und das Klassenbewußtsein der ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu vernebeln.

Gegen die skrupellose Zerstörung der Gesundheit und des Lebens von Arbeitern durch mörderische Arbeitsbedingungen müssen wir uns entschieden wehren. Aber nicht durch Appelle und Bittschriften an den kapitalistischen Staat oder an die Kapitalisten, wie es uns der DGB-Apparat und die D„K"P-Revisionisten einreden wollen, sondern durch den unversöhnlichen, militanten Kampf gegen die Kapitalisten und gegen diesen Staat.

Nur wenn sich die werktätigen Massen zu revolutionären Kämpfen erheben, bekommen die Ausbeuter Angst und lassen sich zu Zugeständnissen zwingen, zu Maßnahmen, die unsere Gesundheit und unser Leben am Arbeitsplatz schützen. Gleichzeitig ist es aber notwendig, daß wir unsere Kollegen von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution überzeugen, daß wir sie dafür gewinnen, sich dem Kampf für den Sturz des kapitalistischen Staates, für die Zerschlagung der Ausbeuterordnung und für die Errichtung des Sozialismus anschließen. Das ist der einzige Weg, um mit der Zerstörung der Gesundheit, mit dem Mord am Arbeitsplatz für den Profit kapitalistischer Schmarotzer ein für allemal Schluß zu machen.

Thyssen-Henrichshütte Hattingen

Eine üble Knochenmühle

In der Stahlindustrie haben die Konzernherren zum Frontalangriff auf die Arbeiter und kleinen Angestellten angesetzt. Alle bundesdeutschen Stahlkonzerne haben Stillegungen und Massenentlassungen auf die Tagesordnung gesetzt. Zehntausende von Arbeitsplätzen sollen in den kommenden Jahren vernichtet werden. Und während einerseits offene und versteckte Massenentlassungen durchgezogen werden, verschärfen die Kapitalisten auf der anderen Seite gleichzeitig mit der Rationalisierung die Arbeitshetze ungeheuer. Tonnen, Tonnen, Tonnen, heißt es in den Hüttenwerken. So wälzen sie die Lasten der Krise rücksichtslos auf die Arbeiter und kleinen Angestellten ab, pressen sie immer mehr Profit aus einer sinkenden Zahl von Beschäftigten heraus. 1976 wurden mit 10.000 Arbeitern weniger zwei Millionen Tonnen mehr produziert als 1975; und das obwohl wegen Kurzarbeit und Überstundenabbau über 30 Millionen Arbeitsstunden weniger gemacht wurden. Das folgende Interview zeigt am Beispiel der Henrichshütte (Thyssen), wie die Stahlbosse buchstäblich über Leichen gehen, um aus den Knochen der Kollegen und Kolleginnen das Letzte für ihren Profit herauszupressen. Wir haben das Interview dem „Roten Greifer", der Betriebszeitung unserer Partei für die August-Thyssen-Hüttenwerke in Duisburg entnommen.

„Roter Greifer" (R. G.): Kollegin M., du arbeitest seit einigen Jahren als Kranführerin auf der Henrichshütte. Wie sieht es im Augenblick mit der „Sicherheit der Arbeitsplätze" bei euch aus? Gibt es noch Kurzarbeit? Wie wird es weitergehen?

M.: Wir haben seit Dezember 1976 ununterbrochen Kurzarbeit. Ein Ende ist da noch nicht abzusehen. Es gibt Gerüchte, daß die Kurzarbeit im Sommer aufhört und Entlassungen beginnen. Aber man läßt uns darüber im Unklaren. Die Kollegen sind natürlich empört. Vor allem, weil die Kurzarbeit mit einer ungeheuren Arbeitshetze verbunden ist. Das läuft so: 3 Wochen im Monat wird gearbeitet, eine Woche nicht. In dieser Woche arbeitet jeweils nur ein Viertel der Kollegen, die dann unwahrscheinlich ranklotzen müssen, um den Betrieb in Gang zu halten. Oder nehmen wir die Kranführer. Da versuchen sie jetzt gerade, alle Kräne auf eine Schicht zu legen, also alle Kollegen auf Frühschicht, die es nur bei unwahrscheinlicher Hetze schaffen, dann alle Kräne zu versorgen.

R. G.: Das heißt praktisch Rationalisierung bei Kurzarbeit.

M.: Ja, genau das. Unseres Wissens ist die Produktion insgesamt gar nicht wesentlich eingeschränkt worden. Es wird das gleiche mit weniger Kollegen produziert. Außerdem besteht Einstellungsstop. Ausscheidende Kollegen werden nicht mehr ersetzt, deren Arbeit müssen wir mitmachen. Für „freiwillige" Kündigungen werden außerdem Prämien angeboten, um Kollegen zu verleiten, ihren Arbeitsplatz aufzugeben.

Die Kollegen wehren sich

R. G.: Wie sieht es mit dem Kampf der Kollegen dagegen aus? Hat es schon Kampfaktionen gegeben? Was tut die Gewerkschaft?

M.: Kampfaktionen noch nicht. Nur einzelne Proteste, so, daß man zum Meister geht und sich beschwert. Allerdings ist die Kurzarbeit und die Arbeitshetze Gesprächsthema Nr. 1. Und was die Gewerkschaft angeht — na ja, die ist ziemlich unten durch. Schon lange. Spätestens nach dem Streik, den wir hier auf der Hütte hatten, 1973.

R. G.: Warum?

M.: Das war ein wilder Streik, also gegen den Willen der IGM-Bonzen. Die Kollegen, die schon länger hier sind, werden das nicht vergessen. Der Streik dauerte vier Tage, es war ein harter Kampf. Drei Kollegen sind in diesem Streik ums Leben gekommen.

Einige wollten damals von der Brücke ein Transparent herunterhängen lassen. Als sie es anbrachten, kam die Polizei. Es kam zum Handgemenge, wie es genau ablief, weiß man nicht so genau — jedenfalls, zwei Kollegen sind von der Brücke in die Tiefe gestürzt. Sie waren beide tot!

Der dritte Kollege hat sich das Leben genommen, aus Verzweiflung, weil er aus der wirtschaftlichen Not keinen Ausweg mehr sah. Seit damals ist für die meisten Kollegen klar: Wenn du kämpfen willst, wenn du wirklich etwas erreichen willst, dann durch die Einheit und Kampfentschlossenheit der Kollegen, aber niemals mit der Gewerkschaft; die IGM-Bonzen hauen dich in die Pfanne!

R. G.: Und der Betriebsrat? Die IGM-Vertrauensleute?

M.: Der Betriebsrat ist eben von der IGM. Der hat mit unseren Interessen nichts am Hut. Der hält sich ans BVG: „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit unseren Ausbeutern. Bloß in einem Punkt des BVG sind sie nicht so. Ich meine das Verbot von Parteipropaganda. Zur letzten Betriebsversammlung — die finden bei uns nur einmal im Jahr überhaupt statt — wurde der NRW-Arbeitsminister Farthmann eingeladen, vor der Bundestagswahl. Der hat dann da seine Schau abgezogen und eine Rede über die Schädlichkeit von Bürgerinitiativen gehalten, außerdem natürlich seine Wahlpropaganda. Aber das ist klar: „Verbot der Parteipropaganda" — das bezieht sich nicht darauf, sondern wenn mal ein Kommunist aufsteht und den Herren Zunder gibt, das ist dann Parteipropaganda. Mit den Vertrauensleuten ist auch nichts. Das sind in der Regel Meister, Vorarbeiter usw. Die werden sowieso nicht von uns gewählt. Das läuft so, daß du gar nicht erfährst, daß Wahl ist, und eines Tages liest du am Schwarzen Brett 'ne Liste, der und der ist Vertrauensmann. Das zieht die IGM so durch, daß klassenkämpferische Kollegen gar nicht rankommen.

Arbeiten bis zum Umfallen

R. G.: Kollegin, du sprachst vorhin von der Arbeitshetze. Bei uns auf der Hütte führt das immer wieder zu tödlichen Unfällen. Das wird bei euch nicht anders sein, oder?

M.: Das kann man wohl sagen. Besonders hoch ist die Unfallrate in den Bearbeitungswerken BW I und BW II. Aber dazu muß man noch sagen, daß es bei uns einen Werksarzt gibt, der bei allen Kollegen verhaßt ist. Es ist bekannt, daß er schon Kollegen umgebracht hat. Da ist z. B. die Sache mit den Kreislauferkrankungen. Die sind ziemlich häufig bei den Kranführern und Kranführerinnen, die acht Stunden in der Hitze und der stickigen Luft da oben sitzen, sich nicht bewegen und ständig unter hoher nervlicher Anstrengung arbeiten. Wenn einer eine Kreislaufschwäche hat und geht zu diesem sogenannten Arzt, spritzt der ein Mittel, wo du hinterher Bettruhe brauchst, und dich keinesfalls bewegen darfst. Dieses Schwein aber läßt die Kollegen nach der Injektion bis zur Arbeitsstelle zurücklaufen und manchmal sogar weiterarbeiten. Einer ist schon daran gestorben. Eine andere Spezialität von ihm ist das „Kaputtschreiben". Wenn ältere Kollege öfter was haben und zu ihm gehen, schreibt er sie „kaputt", arbeitsunfähig, und sie werden entlassen und bekommen nirgends mehr Arbeit.

Unter der Arbeitshetze leiden besonders die Frauen. Wir haben etwa 150 Kranführerinnen hier. Bei ihnen hat es schon viele schwere Unfälle gegeben. Eine schwangere Kollegin brachte ihr Kind tot zur Welt. Ursache: die körperliche und nervliche Überanstrengung. Einer anderen Kollegin riß das Seil und flog ihr ins Gesicht. Sie erlitt einen schweren Schock und bat um andere Arbeit. Stattdessen übergab man sie aber dem Werkspsychologen, der sie zwang, wieder auf den Kran zu gehen. Sie schaffte es nicht und wurde entlassen . . .

R. G.: Kollegin, wir danken dir für das Gespräch.

D'K'P-Betriebsrat verrät den Kampf



Korrespondenz. Bei uns auf der Klöckner-Hütte in Bremen wollen die Kapitalisten 500 Kollegen, hauptsächlich aus dem Angestelltenbereich, wegen Rationalisierungsmaßnahmen auf die Straße werfen. Wer nun geglaubt hat, der von der D„K"P beherrschte Betriebsrat würde den Kampf gegen die Entlassungen unterstützen, muß sich jetzt durch die Tatsachen von dieser Illusion befreien lassen. Diese Arbeiterverräter mit dem D„K"P-Bonzen Röpke an der Spitze geben sich nämlich alle Mühe, Widerstandsaktionen der Belegschaft zu verhindern oder sie zu entschärfen, so daß sie den Kapitalisten keine wirklichen Schläge versetzen. Das konnten wir heute wieder sehen, als wir bei dem für unseren Bereich zuständigen Betriebsrat am Hochofen waren.

Wir hatten erfahren, daß die Namenslisten der zu entlassenden Kollegen beim Personalchef vorliegen. Deshalb forderten wir von dem Betriebsrat, er solle die Listen besorgen und sie veröffentlichen.

„Ich glaube wohl, daß dich das interessiert", sagte er zu mir (ich bin ihm als Kommunist bekannt), „aber wir wollen keine schlafenden Hunde wecken. Wir wollen Ruhe im Betrieb."

Der saubere „Arbeitervertreter" plauderte dann aus, daß es die Taktik des Betriebsrats sei, die Entlassungen soweit wie möglich hinauszuzögern; es würden dann ja in der Zwischenzeit immer wieder Kollegen von sich aus kündigen. Mit anderen Worten, diese Arbeiterverräter sind überhaupt nicht gegen die Entlassungen. Sie sind nur gegen offene Massenentlassungen, weil es durch offene Massenentlassungen eher zu Kampfmaßnahmen kommt.

„Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz." Diese Parole gab der Betriebsrat vor acht Wochen erst aus und er verbreitet noch heute Kleber mit dieser Aufschrift. Aber das hinderte ihn nicht, ebenfalls heute offiziell Teile eines „Sozialplans" zu verabschieden, durch den die Abschiebung der 58jährigen geregelt wird.

Den nebenstehenden Klebezettel, der von revolutionären Kollegen geklebt wird, versuchen die revisionistischen Betriebsräte und ihr Anhang immer wieder abzureißen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Schon wieder: Zwei Tote bei Blohm & Voss

Gestern, am Dienstag, ereignete sich schon wieder ein schweres Unglück bei der Knochenmühle Blohm & Voss.

Wir trauern um unsere beiden Kollegen, die dabei umgekommen sind. Denen, die dem Tod knapp entgangen sind und verletzt wurden, wünschen wir baldige Genesung.



Wie ist es zu dem Unfall gekommen? — Ein Kollege berichtete dem „Frischen Wind":

„Ich arbeitete auf Deck der ‚Aserbeidschan' und sah, wie der Magnus einen großen Kolli von ungefähr 200 t ranbrachte. Dieser Teil des Kranauslegers, der an Bord abgelegt werden sollte, war noch breiter als das Deck. So gegen drei Uhr hing der Kolli vor Ort etwa zwei Meter über Deck. Da mußten, soweit ich es sah, noch ein paar Schweißer die Doppel-T-Träger für den Unterbau festschweißen. Plötzlich, der Kolli hing vielleicht fünf Minuten, hörte ich, wie ein Stropp riß. Ich machte einen Satz zur Seite, blitzschnell knallte der Kolli wasserseits auf Deck, mit einem Ruck rissen die anderen Stroppen, und das Ding ging ab in den Bach. Rolf, der Headmann von Magnus I., stand genau unter einer Ecke; er lag an Deck, die Augen aufgerissen, zerquetscht. Ein fürchterlicher Anblick! Vom Magnus schrien sie: ‚Da sind welche in den Bach gefallen.' Es tauchte aber kein Kollege wieder auf. Ich weiß nicht, ob es wirklich bei den zwei Toten, die sie zugegeben haben, bleibt."

Wodurch ist dieser Unfall geschehen?

Kollegen von Magnus berichteten, daß die dicken Stroppen, die eine Menge Geld kosten, oft zwei Jahre lang benutzt werden. Das Geschirr sieht dann zwar noch ganz gut aus, von außen; wie es aber wirklich damit bestellt ist, wenn es dauernd benutzt und dem Salzwasser ausgesetzt wird, das weiß keiner!

Außerdem, wie oft werden bei uns schwere Kollis über Deck gefiert, wo die Kollegen arbeiten! Wie oft muß noch schnell etwas gemacht werden, wenn tonnenschwere Lasten schon vor Ort hängen! Kollegen, laßt lieber eure Klamotten stehen, geht notfalls von Bord, aber

Keine Arbeit unter einer Hieve!

Jeder Kollege weiß doch, wie das auf der Werft aussieht: tagelang diese verrückte Antreiberei, einer steht dem anderen im Weg, die Ingenieure schreien rum, langsam wird das ganze Deck verbaut, dauernd mußt du über die Deckslasten klettern, überall wird gebrannt, geschweißt und gearbeitet. Der Magnus kriegt seine Order schon Wochen vorher; der Kolli kommt an, er muß an Deck, ob es ihm paßt oder nicht! Deswegen wird zu Recht gesagt:

Wieder zwei Kollegen ermordet!

Genauso vor kurzem auf der „Aserbeidschan": Alle Mann mußten schon an Bord mit ihrer Arbeit anfangen, obwohl beide Teile noch nicht einmal anständig verbunden waren. Und als sie wegsackten, gingen einige Kollegen

Nur knapp am Tod vorbei!

Und war es nicht bei der „Anders Maersk" genauso?! Nur weil die Arbeit beim Probelauf nicht unterbrochen wurde: **27 Tote!***

Einige sagen, die „Anders Maersk" oder die „Aserbeidschan", das ist ein Teufelsschiff. Das ist doch Unfug!

Die Teufel, die uns im Nacken sitzen, uns auspressen und unseren Tod mit in ihre Kalkulation aufnehmen, sitzen ganz woanders, nämlich in den Direktionsetagen der großen Konzerne.

Nicht das Teufelsschiff, das Teufelssystem ist schuld!

Das teuflische System des Kapitalismus, wo der Arbeiter einen Dreck wert ist und allein der Profit zählt!

Wie lange wollen wir das noch hinnehmen? Der Tod unserer Kollegen darf nicht ungesühnt bleiben!

*) Im Januar 1976 explodierte der Dampfturbinenkessel im Containerschiff „Anders Maersk", das am Ausrüstungskai von Blohm und Voss zur Reparatur lag. Bei dem Unglück, das durch gröbste Verletzung der Erfordernisse der Arbeitssicherheit verursacht wurde, starben 27 Kollegen. Es war das schwerste Unglück auf einer deutschen Werft seit dem Ende des Krieges.

Der Tod des Kollegen Saloman Sampathkumar

Der 24jährige indische Kollege Saloman ist am 13. Juni gestorben. Woran genau, das wissen nur die Ärzte, seinen Kollegen wurde bis heute nichts gesagt.



Was war geschehen?

Saloman klagte Anfang des Jahres über Rückenschmerzen und ließ sich im Januar von seinem Hausarzt krank schreiben. Nach 3 bis 4 Wochen mußte er zum Vertrauensarzt der AOK im Wedding, der ihn sofort wieder gesund schrieb.

Saloman gab sich damit aber nicht zufrieden, sondern ging selber zu einem Krankenhaus, wo er sofort eingewiesen wurde und eine Notoperation bei ihm durchgeführt worden ist. Sie haben ihm seinen Blinddarm rausgenommen. Die Wunde eiterte ziemlich lange und wurde erst nicht genäht.

Nach 4 Wochen wurde er aus dem Krankenhaus entlassen und etwas später wieder gesund geschrieben. Er arbeitete wiederum 3-4 Tage und ist dann wieder zu seinem Hausarzt gegangen, der ihn wieder krank schrieb. Anfang Mai wurde er dann in das Krankenhaus Neukölln eingeliefert, und es wurde wieder eine Operation durchgeführt. Das Ergebnis davon war, daß er anschließend ins Krankenhaus Gatow überwiesen wurde und dort am 13. Juni starb.

Die Todesursache ist wahrscheinlich Krebs, obwohl sich die Ärzte in Schweigen hüllen. Und dieses Schweigen vor seinen Kollegen soll eben auch eins vertuschen, nämlich daß der Kollege Saloman vielleicht noch am Leben wäre, wenn man ihn von Anfang an richtig untersucht hätte und entsprechend behandelt hätte.

Tatsache ist doch, daß ein Arbeiter, wenn er zum Arzt geht, am besten noch sagen soll, welche Tabletten er haben will und schon sind die zwei Minuten beim Arzt vorüber. Für eine gründliche Untersuchung ist erstens keine Zeit und zweitens auch kein Geld der Kassen da. Den Ärzten kommt es allermeistens doch nur darauf an, die Scheine einzusammeln.

Und dies zeigt auch, daß der Fall des Kollegen Saloman kein bedauerlicher Ausrutscher ist, sondern die Folge unseres Krankensystems. Solange er eben laufen konnte, konnte er für die Kapitalisten auch arbeiten, — deshalb ist er ja von Indien hierhergeholt worden. Eine intensive ärztliche Betreuung und Untersuchung bringt ja kein Geld. Und solange der Profit regiert, wird sich auch daran nichts ändern.

Zu Recht waren viele Kollegen empört darüber, daß bei einem solchen großen Betrieb noch nicht mal das Geld für eine Arzt-Vertretung da ist. Der Betriebsrat hüllte sich darüber natürlich in Schweigen und hofft, daß es nicht so viele merken.

"Rote-Fahne"-Kommentar "Zur Wiedereinsetzung des Genossen Deng Hsiao-ping in seine Ämter"

Einige Fragen an die Redaktion der "Roten Fahne"

„Die 3. Plenartagung des X. Zentralkomitees der KP Chinas setzte Deng Hsiao-ping, der im April letzten Jahres von allen Ämtern in Partei und Regierung entfernt wurde, wiewohl in der Partei verblieb, wieder in alle Ämter ein, mit denen er zuvor betraut war, darunter in das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Generalstabschefs der Armee. Die chinesischen Volksmassen haben die Ergebnisse dieser ZK-Tagung und die Wiedereinsetzung von Deng Hsiao-ping überschwenglich gefeiert. In ihren Augen ist ein großes Unrecht wiedergutgemacht und ein weiterer Sieg im Kampf gegen das Unheil errungen worden, das die ‚Viererbande' über das Land gebracht hat." — So beginnt ein ganzseitiger Kommentar mit dem Titel „Zur Wiedereinsetzung des Genossen Deng Hsiao-ping in seine Ämter" in der „Roten Fahne" Nr. 32/77, in dem die GRF-Führung begründet, „weshalb unsere Partei die Rehabilitierung des Genossen Deng Hsiao-ping begrüßt". Zu diesem ungewöhnlichen Schritt, die Entscheidung des ZK der KP Chinas öffentlich in der „Roten Fahne" vor den eigenen Mitgliedern zu rechtfertigen, sieht sich die GRF-Führung offenbar genötigt, weil nicht alle Mitglieder der GRF die Entscheidung der 3. Plenartagung des X. ZK der KP Chinas als „Sieg im Kampf gegen das Unheil" betrachten. Jedenfalls stellt die „Rote Fahne" fest: „...in der Frage Deng Hsiao-ping gibt es bei vielen Unsicherheiten und Fragen."

Nun ist es keineswegs unsere Absicht, uns an der innerhalb der Gruppe Rote Fahne geführten Diskussion über die — wie die „Rote Fahne" sich ausdrückt — „Frage Deng Hsiao-ping" zu beteiligen. Die Wiedereinsetzung von Deng Hsiao-ping in seine Ämter ist eine Entscheidung, die die Führung der KP Chinas getroffen hat, für die sie ihre Gründe hat und für die sie auch die Verantwortung trägt. Es ist keineswegs die Aufgabe unserer Partei, diese Personalentscheidung einer anderen Partei zu rechtfertigen.

Was nicht heißt, daß wir für „Unsicherheiten und Fragen" in diesem Zusammenhang bei den Mitgliedern der Gruppe Rote Fahne kein Verständnis haben. Schließlich haben die GRF-Führer nicht nur vor Jahresfrist Deng Hsiao-ping als „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" mit einem „konterrevolutionären revisionistischen Programm" verurteilt, sondern sind sogar so weit gegangen, es als Beweis für die angebliche China-Feindlichkeit unserer Partei in der „Roten Fahne" zu verbreiten, Genossen der KPD/ML würden Spekulationen über eine Rehabilitierung Deng Hsiao-pings anstellen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nur zu verständlich, daß unter den Mitgliedern der GRF „Unsicherheiten und Fragen" in der „Frage Deng Hsiao-ping" auftauchen. Fragen, die eine klare Antwort verlangen und eine tiefgehende Selbstkritik, will sich die GRF-Führung nicht dem Vorwurf aussetzen, sie drehe ihre Fahne nach dem Wind und verhalte sich nicht wie eine marxistisch-leninistische Partei — die zu sein, sie sie ja vorgibt —, sondern wie ein Papagei.

Wie „begründet" nun die „Rote Fahne", daß sie die Rehabilitierung Deng Hsiao-pings begrüßt? Wie erklärt sie, daß sie Deng Hsiao-ping noch vor wenigen Monaten bekämpfte? Die „Rote Fahne" schreibt: „Die Propaganda der ‚Viererbande' gegen Deng Hsiao-ping und seine angeblich ‚konterrevolutionäre, revisionistische Linie' war überwältigend, sie schien vielen von uns einleuchtend und unsere Partei und auch die ‚Rote Fahne' haben entsprechende Artikel der chinesischen Presse nachgedruckt und den Sturz Deng Hsiao-pings begrüßt." Das ist der einzige Satz in einem ganzseitigen Kommentar, der „selbstkritisch" auf die vergangene Haltung der GRF-Führung zu Deng Hsiao-ping eingeht! Es liegt auf der Hand, daß diese merkwürdige „Selbstkritik" keineswegs „Unsicherheiten und Fragen" bezüglich der „Frage Deng Hsiao-ping" beantworten kann, sondern im Gegenteil geradezu neue Fragen aufwirft.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die „Rote Fahne" sich keineswegs darauf beschränkte, Artikel der chinesischen Presse nachzudrucken und den Sturz Deng Hsiao-pings zu begrüßen. So hieß es etwa in der „Roten Fahne" 15/76:

„Deng Hsiao-ping — schon in der Kulturrevolution als kapitalistischer Machthaber entlarvt und entmachtet — war 1973 wieder zur Führungstätigkeit in Partei und Staat Chinas herangezogen worden, da er seine Fehler eingesehen zu haben schien. Seit dem letzten Sommer versuchte er unter dem Vorwand, China zu modernisieren und wirtschaftlich zu entwickeln, die großen Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution zunichte zu machen und erneut den kapitalistischen Weg einzuschlagen. Dieser Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg versuchte, unter dem Vorwand der ‚Stabilität und Einheit' den Kampf der revolutionären Kader und Massen zu unterdrücken... Der gegenwärtige Kampf gegen die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings ist ein solcher Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, er ist die Fortsetzung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die vor zehn Jahren begann. Das Verhalten Deng Hsiao-pings zeigt, daß die Vertreter der alten und neuen bürgerlichen Kräfte in einem sozialistischen Land versuchen, vor allem die Führungsebenen von Partei und Staat zu erobern. Sie befinden sich mitten in der Partei, sagte Mao Tsetung vor kurzem. Es zeigte sich auch erneut, daß die bürgerlichen Kräfte versuchen, eine Ideologie der Klassenharmonie und des Gulaschkommunismus' zu erzeugen, um die Massen zu täuschen."

Und noch im Januar 1977 hieß es dann als Beweis für die „China-Feindlichkeit" der KPD/ML in der „Roten Fahne" 1/77: *„Erstmals seit seiner Entmachtung wird im ‚Roten Morgen' ein chinesischer Artikel zur Kritik an Deng Hsiao-ping abgedruckt, ein Buch mit Kritik-Artikeln an ihm wird angekündigt.* (*Dieses Buch ist das einzige Buch, das von der KPD/ML zusammengestellte Artikel der Kommunistischen Partei Chinas enthält.*) *Das und eine große Karikatur gegen Deng aus der Zeit der Kulturrevolution verdeutlicht die Spekulation der KPD/ML-Führung über eine Rückkehr Dengs."* Ist es angesichts dieser Tatsachen etwa eine ernsthafte marxistisch-leninistische Selbstkritik, zu schreiben, man sei „überwältigt" gewesen und habe chinesische Artikel nachgedruckt?

Und wie soll man es verstehen, wenn die „Rote Fahne" schreibt: *„Die Propaganda der ‚Viererbande' gegen Deng Hsiao-ping und seine angeblich ‚konterrevolutionäre revisionistische Linie' war überwältigend..."* *„Sie* (die sogenannte „Viererbande" — RM) *spitzte daher die Kampagne gegen den Willen Mao Tsetungs und des Zentralkomitees auf Deng Hsiao-ping zu."*?

Hat die „Rote Fahne" vergessen, daß es in der „Peking Rundschau" 15/76 hieß: „Der Beschluß des ZK der KP Chinas über die Enthebung Deng Hsiao-pings von allen Ämtern innerhalb und außerhalb der Partei — Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas hat den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng-Hsiao-ping-Frage bereits in einen antagonistischen Widerspruch verwandelt hat. **Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro in einem einstimmigen Beschluß Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben,** ihm aber gestattet, seine Parteimitgliedschaft zu behalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält. — Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas."? (Hervorhebung von uns — RM).

Hat die „Rote Fahne" vergessen, daß Genosse Mao Tsetung erklärte: **„Er begreift den Marxismus-Leninismus nicht, er vertritt die Bourgeoisie, er sagt, er werde ‚das gefällte Urteil niemals umstoßen', darauf kann man nichts geben." — „Dieser Mensch packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied."?**

Hat die „Rote Fahne" vergessen, daß es in der Botschaft des ZK der KP Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China, des Staatsrats der VR China und der Militärkommission beim ZK der KP Chinas an die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes unter anderem heißt: *„Angeleitet von der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao haben unsere Partei, unsere Armee und unser Volk den Siegeszug fortgesetzt und in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau, insbesondere in der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Kritik an Lin Biao und Konfuzius, in der Kritik an Deng Hsiao-ping und im Kampf gegen den auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts große Siege errungen." ... „Wir müssen dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao entsprechend die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten unter der Führung der Arbeiterklasse und auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern festigen, Deng Hsiao-ping tiefgehend kritisieren, den Kampf gegen den Wind von rechts weiter entfalten, die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution konsolidieren und weiterentwickeln, die sozialistischen neuen Dinge von ganzem Herzen unterstützen, das bürgerliche Recht einschränken und die Diktatur des Proletariats in unserem Land weiter festigen."*? (PR 37/76)

Hat die „Rote Fahne" vergessen, daß es Hua Guo-feng war, der in seiner Trauerrede zu Ehren des Vorsitzenden Mao Tsetung erklärte: *„Entsprechend dem Interesse und dem Wunsch der Arbeiterklasse und der armen Bauern und unteren Mittelbauern, die Revolution weiterzuführen, initiierte der Vorsitzende Mao persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution und leitete sie an. Sie hat die Komplotte Liu Schaotschis, Lin Biaos und Deng Hsiao-pings zur Restauration des Kapitalismus durchkreuzt, deren konterrevolutionäre revisionistische Linie verurteilt und den von ihnen usurpierten Teil der Führungsmacht in Partei und Staat zurückerobert. Das ist die Gewähr dafür, daß unser Land auf dem marxistisch-leninistischen Weg siegreich voranschreiten kann. In der großen und bevölkerungsreichen Volksrepublik China die Subversions- und Sabotageakte des Imperialismus, des Revisionismus und der Reaktion immer wieder zum Scheitern gebracht, am Sozialismus festgehalten und die Diktatur des Proletariats gefestigt zu haben, das ist ein gewaltiger Beitrag von welthistorischer Bedeutung, den der Vorsitzende Mao für unser Zeitalter geleistet hat. Zugleich hat dies der internationalen kommunistischen Bewegung neue Erfahrungen für die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus, die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats, die Verhütung der Restauration des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus geliefert."*?

Hat die „Rote Fahne" all dies vergessen? Warum beantwortet sie ihren Mitgliedern nicht die Fragen, die sich aus diesen Tatsachen ergeben? Warum erklärt sie ihren Mitgliedern nicht, wieso die Linie Deng Hsiao-pings 1976 eine „Ideologie der Klassenharmonie und des Gulaschkommunismus" war (RF Nr. 15/76) und heute von „Mao Tsetungs Lehre ‚Die Revolution anpacken, die Produktion fördern' durchdrungen" (RF Nr. 32/77) ist? Warum erklärt sie ihren Mitgliedern nicht, wieso die „Rote Fahne" am 14. 4. 76 unter der Überschrift „China: Die Massen feiern den Sieg der revolutionären Linie!" schrieb: „Das chinesische Volk und die Kommunistische Partei Chinas haben unter der Führung des Zentralkomitees mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze einen neuen großartigen Erfolg in der Fortführung der Revolution und der Festigung der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie errungen." und heute in der „Roten Fahne" Nr. 32/77 schreibt: „Sie (die „Viererbande" — RM) spitzte daher die Kampagne gegen den Willen Mao Tsetungs und des Zentralkomitees auf Deng Hsiao-ping zu."? Warum beantwortet die „Rote Fahne" diese und andere Fragen nicht, schleicht vielmehr wie die Katze um den heißen Brei um diese Fragen herum und verschweigt sogar die oben aufgeführten Tatsachen vor ihren Mitgliedern?

Wir sind der Meinung, daß die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne ein Recht auf die Beantwortung dieser Fragen haben. Niemand kann von den Mitgliedern seiner Organisation verlangen — und schon überhaupt nicht im Namen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus — daß sie blindlings Beschlüssen der Führung folgen, daß sie ihre Ansichten nicht gemäß dem marxistisch-leninistischen Prinzip von Kritik und Selbstkritik korrigieren, sondern wie Fahnen nach dem Wind hängen. Und niemand, der ein wahrhafter Marxist-Leninist ist, der die Prinzipien des proletarischen Internationalismus beherzigt und für eine Freundschaft mit der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk auf der Grundlage dieser Prinzipien kämpft, kann zulassen, daß — wie es durch diesen Kommentar der „Roten Fahne" geschieht —, die revolutionäre Linie der KP Chinas zu Lebzeiten Mao Tsetungs nicht etwa konsequent verteidigt wird, sondern im Gegenteil in einer Art und Weise behandelt wird, daß sie bürgerlich-revisionistische Spekulationen, Verleumdungen und Angriffe geradezu provoziert.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten

Enver Hoxha

Gesprächsbeitrag in der Unterredung mit Genossen Tschou En-lai im März 1965 in Tirana

In diesen Tagen erscheint die Nummer 5 des theoretischen Organs unserer Partei „Der Weg der Partei". Die Nummer enthält den Gesprächsbeitrag, den Genosse Enver Hoxha bei dem Treffen mit dem damaligen Ministerpräsidenten der Volksrepublik China und stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Tschou En-lai im März 1965 gehalten hat. Dieser Gesprächsbeitrag des Genossen Enver Hoxha wird eingeleitet durch einen Kommentar unserer Partei, in dem die Aktualität der zentralen Thesen des Gesprächsbeitrages des Genossen Enver Hoxha im Hinblick auf den großen Kampf, der gegenwärtig innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zwischen den Marxisten-Leninisten auf der einen und den Verfechtern der revisionistischen „Theorie der drei Welten" auf der anderen Seite stattfindet, aufgezeigt wird.

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68.



In Kürze erscheint die Nr. 17 von Radio Tirana — Ausgewählte Sendungen. Diese Ausgabe enthält einen wichtigen Artikel von Nexhmije Hoxha mit dem Titel „Über einige grundlegende Fragen der revolutionären Politik der Partei der Arbeit Albaniens zur Entwicklung des Klassenkampfes", der in den letzten Tagen von Radio Tirana gesendet wurde.

Die vom Rotfront-Verlag herausgegebenen Hefte „Radio Tirana — Ausgewählte Sendungen" erscheinen 14tägig und enthalten die wichtigsten in diesem Zeitraum ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana: • Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien; • Albaniens Ansichten in internationalen Fragen; • Theoretische Artikel; • Wichtige Erklärungen und Dokumente.

Im Jahresabonnement kosten die Radio-Tirana-Hefte 26 DM, im Halbjahresabonnement 13 DM, das Einzelheft 1 DM. Kostenlose Probeexemplare können angefordert werden.
Bestellungen an: Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 2300 Kiel 1. Tel.: 0431 / 6 19 06.

Brutale Gewalt und Hetze gegen politische Gefangene

Die kapitalistische Klassenjustiz nahm das Attentat auf Ponto zum Anlaß, den faschistischen Terror gegen die politischen Gefangenen der „RAF", der „Bewegung 2. Juni" usw. zu verschärfen. Um sich dagegen zu wehren, um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren, sind rund 40 politische Gefangene in den Hunger- und Durststreik getreten. Dieser Kampf dauerte bei Redaktionsschluß bereits 12 Tage an. Ein Teil der politischen Häftlinge, unter ihnen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, wird inzwischen per Infusion künstlich ernährt. Sie befinden sich am Rande des Todes.

Schon seit langem kämpfen die politischen Gefangenen der „RAF", der „Bewegung 2. Juni" und ähnlicher Gruppen gegen die Isolationshaft, gegen den Versuch der Klassenjustiz, sie geistig und körperlich zu zerbrechen. Sie fordern, daß ihnen bestimmte Rechte zugestanden werden, wie sie den politischen Gefangenen in vielen anderen Ländern gewährt werden. Vor allem fordern sie die Zusammenlegung von politischen Gefangenen zu größeren Gruppen und die Beseitigung des unmenschlichen Beobachtungs- und Überwachungssystems, das die Gefangenen einer totalen Kontrolle unterwirft und die Haft zu einer unerträglichen Qual macht.

Vor einiger Zeit hatten die „RAF"-Häftlinge in Stammheim durch einen wochenlangen Hungerstreik erreicht, daß sie vom damaligen Ministerialdirigenten im baden-württembergischen Justizministerium Rebmann die Zusage erhielten, die Gruppe der politischen Gefangenen in Stammheim würde vergrößert, indem politische Gefangene aus anderen Gefängnissen nach Stammheim überführt und mit ihnen zusammengelegt würden. Aber die Justizbehörden waren nicht gewillt, diese Zusage auch einzuhalten. Nach wochenlangen Verzögerungsmanövern erklärte Rebmann, der inzwischen als Nachfolger des erschossenen Buback den Posten des Generalbundesanwalts übernommen hat, er werde diese Zusage nicht einhalten.

Rebmann sorgte dafür, daß nach dem Attentat gegen Ponto die Hetze gegen die politischen Gefangenen der RAF und ähnlicher Gruppen ein ungeheures Ausmaß annahm. Lügen über Lügen wurden über die Massenmedien verbreitet, wobei Springers „Bild", wie üblich, sich besonders hemmungslos ins Zeug legte.

Es sollte eine Pogromstimmung erzeugt werden, um ein geeignetes Klima für die Verschärfung des Terrors gegen die politischen Gefangenen zu schaffen. Die Hetze war auch gegen die Rechtsanwälte gerichtet, denn sie stellen für die Eingekerkerten eine lebenswichtige Verbindung zur Außenwelt dar. Am 8. August wurde dann von den Justizbehörden in Stammheim eine üble Provokation in Szene gesetzt. Unter fadenscheinigen Vorwänden fielen ca. 30 bis 40 Polizeischläger, teils in angetrunkenem Zustand, über die Gefangenen her und schlugen sie brutal zusammen. Danach wurden die Gefangenen in Einzelhaft genommen. Drei Gefangene, die als Ergebnis des letzten Hungerstreiks von Hamburg nach Stammheim verlegt worden waren, wurden wieder nach Hamburg zurückgeschafft. Begleitet wurde diese Aktion von einer widerwärtigen Lügenpropaganda in den Massenmedien, wobei Stammheim als „fideles Gefängnis" und gleichzeitig als „Kommandozentrale für Terroraktionen" hingestellt wurde.

Der jetzige Hunger- und Durststreik ist die Antwort auf die faschistischen Maßnahmen der Klassenjustiz. Die Beteiligten wollen damit unter anderem die sofortige Aufhebung der Einzelhaft und die Ablösung einiger Bewacher erreichen, die sich bei dem faschistischen Überfall hervorgetan haben. Sie fordern darüber hinaus die Zusammenlegung in Gruppen von mindestens 15 politischen Gefangenen und die Verbesserung der Haftbedingungen.

Diese Forderungen sind völlig berechtigt. Aber die Schergen der Kapitalistenklasse versuchen mit allen Mitteln, den Kampf gegen Isolationsfolter und faschistischen Terror in den Gefängnissen zu brechen. Menschenjäger Rebmann scheute sich nicht, offen zu erklären, daß er und seine Komplizen keine Skrupel haben, im Hungerstreik Stehende gegebenenfalls kaltblütig dem Tod auszuliefern. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag" ging Rebmann sogar so weit, zu behaupten, es sei der Wunsch der Bevölkerung, daß man die politischen Gefangenen krepieren läßt. Das ist eine ungeheuerliche Provokation.

Die Hitlerfaschisten gingen ähnlich vor. Sie bezeichneten zynisch ihre Mordtaten, die der grausamen Unterdrückung des werktätigen Volkes dienten, als „Ausdruck des Volkswillens". Die „Bild"-Zeitung greift in dieser Hinsicht zu einer besonders schmutzigen Art faschistischer Demagogie: „Schluß mit der Zwangsernährung!" fordert sie und hetzt: die künstliche Ernährung der „Terroristen" verschlinge Millionen, der Prozeß gegen die RAF und die Maßnahmen zu ihrer Zerschlagung habe den Steuerzahler 100 Millionen Mark gekostet. Warum da nicht lieber gleich „kurzen Prozeß" machen? — Das ist die unausgesprochene Schlußfolgerung, die Springers Tintenkulis dem Leser nahebringen wollen.

Wie gut paßt zu dieser faschistischen Pogromhetze doch die Sympathiewerbung, die „Bild" andererseits für den entsprungenen Nazihenker und Massenmörder Kappler betreibt! Und nicht nur „Bild" betreibt sie. Schließlich wird Kappler von derselben Staatsgewalt nicht nur auf freiem Fuß gelassen, sondern sogar mit großem Aufwand geschützt, die auf der anderen Seite Revolutionäre mit brutalem Terror verfolgt. Die gesamte bürgerliche Presse und alle Bonner Parteien haben ja mehr oder weniger unverhohlen ihre Freude über Kapplers Befreiung bekundet. Das zeigt den faschistischen Kern, der hinter dem Geschrei von der sogenannten „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" steckt.

Die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen ist es, der faschistischen Hetze gegen die politischen Gefangenen der „RAF" entgegenzutreten und den Kampf für ihre gerechten Forderungen zu unterstützen.



OLDENBURG

Wegen der Verbreitung eines Spottliedes über einen gewissen Oberkreisdirektor Bernhard und persönliche Bereicherung am Grundstücksverkauf für den Bau des Kernkraftwerkes Esenshamm wurden am 12. 8. drei Kernkraftgegner zu insgesamt 6.300 DM Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sogar mehrmonatige Gefängnisstrafen gefordert.

DUISBURG

Am 4. 8. 1977 abends wurde die Privatwohnung des Duisburger Rechtsanwaltes Wolfgang Conradis von Beamten der politischen Polizei durchsucht. Es rückten 20-30 teilweise mit Maschinenpistolen bewaffnete Zivilbeamte an, Gewehrschützen standen hinter den Straßenbäumen, uniformierte Mannschaften in Seitenstraßen. Als Grund wurde für dieses Vorgehen der Polizei angegeben: Suche nach Rechtsanwalt Croissant, der in Duisburg gesehen worden sei. Das Vorgehen bei der Durchsuchung zeigte jedoch, daß die Polizei selbst nicht an ihren Durchsuchungsgrund glaubte. „Diese Aktion zeigt deutlich", heißt es in einer Pressemitteilung verschiedener Anwälte, „daß sie zu nichts anderem dient als der Einschüchterung und Kriminalisierung eines Rechtsanwaltes, der auch in politischen Prozessen als Verteidiger auftritt."

TÜBINGEN

Am 4. 12. 76 hatten in Tübingen Mitglieder der berüchtigten faschistischen Hoffmann-Truppe und andere Faschisten ca. 200 antifaschistische Studenten überfallen. Im September wird es nun deswegen zum Prozeß kommen. Angeklagt sind aber keineswegs nur die Faschisten, sondern auch drei der Antifaschisten, gegen die die Justiz, unter dem Vorwand, sie als Zeugen zu vernehmen, Anklagematerial gesammelt hatte. Als Gipfel des ganzen hat die Klassenjustiz nun alle Verfahren zu einem Prozeß zusammengefaßt, in dem 12 Faschisten und drei Antifaschisten vor Gericht stehen werden.

DUISBURG: Polizei gegen Flugblattverteiler

In vielen Städten der Bundesrepublik wurde am Samstagvormittag das Flugblatt der Partei „Massenmörder ausgebrochen" (siehe auch Seite 1/2) verteilt. In einer Duisburger Einkaufsstraße, in der das Flugblatt ebenfalls verteilt worden ist, nahm die Polizei von zwei Verteilern die Personalien auf. Als einer der beiden, eine junge Frau, nicht gleich stehen blieb, als die Polizei kam, hieß es gleich: „Bleiben Sie stehen, Sie kommen nicht weit." Auf die Frage, warum sie denn stehen bleiben solle, entgegnete der Polizist: „Wenn Sie nicht gleich ruhig sind, dann sind Sie weg vom Fenster." Währenddessen sammelten sich eine Reihe Passanten um die Genossen, die sich über das Vorgehen der Polizei empörten, weil sie das Flugblatt völlig richtig fanden und nichts Beleidigendes daran feststellen konnten.

Prozeßtermine: 7., 8., 9., 14., 15., 16., 21., 22., 23. September, jeweils um 9.00 Uhr im Landgericht Tübingen, Doblerstraße 14.

HINWEIS

Der im „Roten Morgen" für den 22. 8. 77 angekündigte Prozeß gegen Reinhold Hinzmann in Duisburg wurde vertagt. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Schreibt den Genossen in Haft

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2

Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstr. 30

Manfred Schönenberg, 5952 Attendorn, JVA

Köln

Brutale Verfolgungsjagd

Als der Kölner Arbeiter aus dem Stadtteil Vogelsang am späten Abend des 15. August durch eine kleine Parkanlage nach Hause ging, bemerkte er plötzlich, daß er verfolgt wurde. Zwei junge Männer in Rockerkleidung gingen hinter ihm her. Der Schlosser beschleunigte seine Schritte. Als er feststellte, daß seine Verfolger dicht hinter ihm blieben und inzwischen Verstärkung erhalten hatten, bekam er es mit der Angst. Er rannte quer durch die Parkanlage auf einen Häuserblock zu, sprang dort auf einen Balkon, klopfte an das Fenster und schlug schließlich, als niemand antwortete, die Scheibe ein, um sich vor den Verfolgern, die nicht von ihm abgelassen hatten, durch einen Sprung in die fremde Wohnung zu retten.

Die Inhaberin der Wohnung, die mit Verwandten vor dem Fernseher gesessen hatte, wurde durch diesen Lärm, der aus ihrem Schlafzimmer kam, aufgeschreckt. Als sie aus dem Zimmer rannte, um nachzusehen, blieb ihr vor Schreck fast das Herz stehen: Drei Männer schlugen dort auf einen vierten ein, der laut um Hilfe schrie. Sie lief in die Nachbarwohnung, um dort Hilfe zu holen. Als sie wieder zurückkam, sah sie den Mann, der um Hilfe gerufen hatte, bereits im Hausflur auf dem Boden liegen. Die anderen drei hatten ihn zusammengeschlagen.

Die Hausbewohner wollten die Polizei holen. Aber wie sich herausstellte, war das nicht mehr nötig. Die drei Typen, die den Arbeiter vom Park bis in das Schlafzimmer einer fremden Wohnung verfolgt und ihn dort zusammengeschlagen hatten, waren Polizeibeamte in zivil. Der Grund für ihre brutale Verfolgungsjagd? Der Arbeiter sei ihnen verdächtig vorgekommen, weil er vor ihnen geflohen sei!

Aber damit noch nicht genug, wurde der Arbeiter anschließend von den Polizisten im Polizeiwagen ins Präsidium gebracht. Als er im Wagen noch einmal wissen wollte, was eigentlich los sei, schrie ihn einer der Beamten an: „Wenn du deine dreckige Schnauze nicht hältst, kriegst du noch mehr!" Im Präsidium wurde der Arbeiter verhört und bis zum nächsten Mittag festgehalten. Begründung der Polizei: Man habe seine Angaben überprüfen müssen. Auch die Ehefrau des Arbeiters wurde erst am nächsten Mittag von der Polizei darüber verständigt, daß ihr Mann festgenommen worden sei. Als sie wissen wollte, warum man ihr das erst jetzt sage, hieß es: „Hätte man sie vorher verständigt, dann hätte sie ja Beweismaterial beiseiteschaffen können!"





Erst wird der Arbeiter von den Zivilpolizisten zusammengeschlagen, dann aufs Polizeipräsidium geschleppt.

Diese ungeheuerliche Verfolgungsjagd auf einen Arbeiter, der nach einem anstrengenden Arbeitstag nach Hause wollte, geschah im Rahmen eines Einsatzes des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Terrorismus, in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt! Wie Bewohner des Viertels, in dem der Überfall auf den Arbeiter geschah, berichteten, waren zivile Polizeibeamten schon seit Tagen vor den Häusern und im Park.

Die Empörung unter den Kölner Werktätigen über diesen Polizeiterror ist groß. Wer weiß denn, ob er nicht der nächste ist, der nachts im Park oder auf menschenleeren Straßen vor vermeintlichen Dieben, Räubern oder Sexualverbrechern flieht und deshalb von ihnen, die in Wirklichkeit Polizisten sind, als „Terrorist" verfolgt, zusammengeschlagen oder auch niedergeschossen wird wie am 6. 8. 77 der türkische Arbeiter Sedat Kirzimi und andere vor ihm!

Immer mehr Werktätige empfinden es als nackten Hohn, wenn diese Polizei sich ihnen als „Freund und Helfer" empfiehlt. Mit jedem weiteren Gewaltakt der Polizei gegen die Werktätigen verlieren aber auch immer mehr die Illusion, daß man die Polizei durch irgendeine Reform ändern kann. Sie sehen vielmehr, daß sie, in ihrer Brutalität gedeckt von den Gesetzen dieses Staates, von Gerichten und Staatsanwälten, ein Organ dieses kapitalistischen Staates zur Unterdrückung der Werktätigen ist, von deren Terror die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk sich erst in der gewaltsamen sozialistischen Revolution wird befreien können.

Faschistischer Terroranschlag gegen das Büro Croissant

In der Nacht vom 15. auf den 16. 8. explodierte unmittelbar vor der Kanzlei des Rechtsanwaltes Croissant, der sich inzwischen in Frankreich aufhält, eine Rohrbombe. Am Gebäude und an der Kanzlei entstand ein Sachschaden von ca. 100.000 DM. Es war reiner Zufall, daß die Bombe, die durch einen Zeitzünder ausgelöst wurde, niemanden tötete, da sich zwei Rechtsanwälte der Kanzlei zu diesem Zeitpunkt dort aufhielten und arbeiteten.

Wer diesen faschistischen Anschlag auf die Kanzlei fortschrittlicher Anwälte, die durch ihre Verteidigung von Angehörigen der RAF und ähnlicher Organisationen bekannt sind, ausübte, ist nicht bekannt. Aber ist das in diesem Fall das Entscheidende? Ist es nicht so, daß ein solcher Anschlag gegen das Büro Croissant nur eine Frage der Zeit war, nachdem die für die „Terroristenbekämpfung" verantwortlichen Politiker, nachdem die gesamte bürgerliche Presse, Springer allen voran, in den letzten Wochen eine wahre Pogromhetze nicht nur gegen die politischen Gefangenen der RAF, sondern auch gegen ihre Anwälte entfacht hatten? Und spricht es nicht für sich, daß sich nach diesem hinterhältigen Anschlag niemand aus den Reihen der Politiker und der bürgerlichen Presse fand, der diesen Anschlag als Gewaltverbrechen verurteilte, der forderte, daß alles getan werden müsse, daß die Täter gefunden und bestraft würden?

Ja, die Skrupellosigkeit dieser Herren geht sogar so weit, daß sie nach diesem Anschlag gegen eine fortschrittliche Anwaltskanzlei verkündeten, es würde „in alle Richtungen nach den Tätern" ermittelt. Und noch deutlicher: Es gäbe einige Hinweise, daß dieser Anschlag von Anhängern der „Baader-Meinhof-Bande" ausgeübt worden sei . . . Die Schamlosigkeit dieser Hetze wird allerdings mit Sicherheit noch mehr Menschen die Augen öffnen über die Lügen und Verleumdungen, mit denen die Bourgeoisie ihre „Terroristenbekämpfung" begleitet und ihnen zeigen, daß es in diesem Kampf um nichts anderes geht als um den erbarmungslosen Kampf der Bourgeoisie gegen politische Gegner.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Brief des Genossen Martin Peleikis aus der Haft

Liebe Genossen!

ebenso wie dem Genossen Wolfgang, der in Münster eingekerkert ist, wurde mir jetzt das Recht auf Urlaub verweigert. Der Antrag auf Sonderurlaub, um an der Hochzeit meiner Schwester als Trauzeuge teilzunehmen, wurde von der Staatsanwaltschaft (!) Flensburg und der Leitung der JVA Neumünster abgelehnt. Begründung: Ich wäre noch keine sechs Monate in Haft,und ich hätte mich nicht freiwillig zum Strafantritt gemeldet (also Fluchtgefahr).

Diese Begründung ist völlig willkürlich und hergesucht, denn der Sonderurlaub aus wichtigem Anlaß unterliegt nicht der Sperrfrist von sechs Monaten, und ich habe mich dem Strafvollzug auch nicht durch Flucht entzogen, sondern habe weiter gearbeitet, als ich die Aufforderung zum Strafantritt erhielt. Selbstverständlich glaubt auch keiner der Staatsbüttel an diese Fluchtgefahr. Jedoch ist sie als Grund zur Ablehnung immer gut. Der tatsächliche Grund wird natürlich nicht genannt, um die Klassenjustiz nicht allzusehr bloßzustellen. Der Grund ist, Kommunisten werden diese Rechte nicht zugestanden. Für die Bourgeoisie ist der inhaftierte Kommunist immer noch der beste Kommunist.

Die Ablehnung des Urlaubsantrages ist jedoch auch ein gutes Indiz, wie mein 2/3-Antrag beschieden werden wird. Das ist die Strafaussetzung des letzten Drittels der Haft auf Bewährung. „Normale Kriminelle", wie Diebe, Zuhälter und sogar NS-Verbrecher erhalten 2/3. Doch Kommunisten sollen diese Rechte nicht zuerkannt werden. Wir erinnern uns an den Kampf für den Genossen Heinz. Hier mußte erst über das Oberlandesgericht gegangen werden. Unter anderem in den „Kieler Nachrichten" erschien kurz darauf ein wilder Hetzartikel dazu, in dem verschärfte Haftbedingungen für Kommunisten gefordert wurden. Ein entsprechendes Gesetz ist in Vorbereitung. Auch dem Genossen Sascha wird dieses Recht vorenthalten.

Es ist also auf jeden Fall damit zu rechnen, daß jetzt, nach der Ablehnung des Urlaubsantrages,auch der 2/3-Antrag abgelehnt wird. Voraussetzung zur Gewährung von 2/3 ist die Reue über die Tat und, daß man sich durch den Vollzug gefestigt zeigt! Zu bereuen habe ich in dieser Hinsicht nichts. Gefestigt bin ich durch den Vollzug allerdings in meinem Haß gegen dieses verbrecherische kapitalistische System.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Bourgeoisie die Faschisierung stärker vorantreibt, zu immer härteren Mitteln greift, um der Bewegung Herr zu werden. Dabei hat sie es besonders auf die Partei abgesehen, versucht, sie zu kriminalisieren, um sie zu verbieten und damit den Kampfstab der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Deshalb versucht sie natürlich auch, besonders den Kommunisten die Rechte vorzuenthalten und die Haftbedingungen zu verschärfen.

Diese Vorhaben nehmen wir jedoch nicht kampflos hin. So habe ich mich selbstverständlich über die Ablehnung des Urlaubsantrages beschwert. Von dieser Beschwerde habe ich bisher nichts gehört! Im Grunde ist die Ablehnung des Urlaubsantrages und die mögliche Ablehnung des 2/3-Antrages nichts anderes als der Versuch der Anwendung der faschistischen „Sicherungsverwahrung". Doch werden sie uns auch mit diesem Terror nicht beugen!

Rot Front! Euer Genosse Martin

Propaganda für die Neutronenbombe

Liebe Genossen,

ich bin beim Barras und möchte Euch folgendes berichten: Wir hatten letzte Woche wie jeden Freitagnachmittag unsere „Aktuelle Truppeninformation". Nur stand diesmal nicht einer unserer Kameraden am Rednerpult, sondern ein Stabsunteroffizier bequemte sich, selbst diese Arbeit zu tun. Also mußte das Thema schon ein „heißes Eisen" sein. Das Thema hieß: die Neutronenbombe. Der Offizier versuchte in seinem Referat, mit allen Mitteln die Neutronenbombe in ein positives Licht zu rücken. Er sagte z. B.: Die Neutronenbombe sei viel besser als herkömmliche Bomben, weil die Zivilbevölkerung nicht betroffen würde, weil Häuser, Straßen usw. nicht zerstört würden!

Die Äußerungen von Kameraden drehte er so zurecht, bis sie so waren, wie er sie sich vorstellte. Ich meldete mich dann zu Wort. Ich sagte sein Referat diene nur dazu, über die wahren Motive für die Erfindung der Neutronenbombe hinwegzutäuschen. Was hat denn die Zivilbevölkerung davon, wenn Häuser, Straßen usw. nicht zerstört werden, sie selbst aber getötet wird? Diese Tatsache nützt allein den Bonzen, die schon zwei Weltkriege entfacht haben, hier in Westdeutschland den Krupp, Thyssen und Co., sie haben dann nicht mehr die „Last", die zerstörte Industrie wieder aufzubauen. — Der Stabsoffizier kam auf einmal ins Schwitzen und erklärte die Diskussion aus Zeitgründen für beendet. Ich diskutierte anschließend mit Kameraden. Fast alle fanden richtig, was ich gesagt hatte.

Rot Front! Ein Genosse aus Lingen

Angehörige als Pflegepersonal

Vor einigen Wochen kam meine Oma nach einem Schlaganfall ins Krankenhaus. Sie ist auf einer Seite gelähmt, kann nicht sprechen und muß mit dem Tropf ernährt werden. Eigentlich müßte fast dauernd jemand bei ihr sein, um zu kontrollieren, wie es ihr geht, daß sie sich nicht den Tropf herausreißt usw. Jetzt hat der Arzt uns gesagt, daß das Krankenhaus sich darum nicht kümmern kann, sie haben zu wenig Personal, also müßten die Angehörigen die Wache — auch nachts — selbst übernehmen.

Da kann man doch deutlich sehen, wozu rationalisiert wird in den Krankenhäusern: Den Kapitalisten ist die Krankenversorgung zu teuer, sie schmälert ihre Profite. Ob dabei eine vernünftige Versorgung der kranken Werktätigen noch möglich ist, interessiert sie nicht im geringsten, noch dazu, wenn jemand schon so alt ist, daß man von ihm keine Profite mehr erwarten kann. Sie selbst werden natürlich von den Folgen der Rationalisierung nicht getroffen, denn sie können sich jeden Luxus — auch zusätzliche Nacht- und Tagwachen — sowieso leisten!

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Bremen: Sommergartenfest der GFA, 27. 8. 77, ab 15.30 Uhr, „Korbhaus", Bremen-Arsten, Korbhauser Weg 78/80

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer-Str. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

Mörderische Arbeit

Seit fast zwei Jahren arbeiten Anne und Helga als Kranfahrerinnen auf der Hütte. Sie sind am selben Tag angefangen und schlossen bereits nach einer Woche Freundschaft. Es ist ein verdammt hartes Brot, hier zu arbeiten, besonders für eine Frau. Aber zusammen kamen sie durch, alles haben sie miteinander besprochen und vieles miteinander gelöst. So auch in der Kranschule, als Helga sehr nervös war und ihre Prüfung kaum schaffte. Auch heute ist Helga noch zu nervös bei der Arbeit. Sie nimmt sich alles viel zu sehr zu Herzen. Oft schon hat Anne ihr gesagt: „Wenn die Meister schreien und alles besser wissen, dann steck dir Watte in die Ohren. Du bist gar nicht geschaffen für diese Maloche, du gehst dabei nervlich kaputt." „Ja, das stimmt", war dann die Antwort von Helga. „Aber soviel wie hier verdient man nirgendwo als Arbeiterin."

Heute morgen ist das Hauptthema der beiden Arbeiterinnen ihre Kolonne. Das sind die Kollegen, mit denen sie zur Zeit arbeiten. Sie sind froh, endlich einmal eine abwechslungsreiche Arbeit zu haben. Es wird eine riesige Maschine gebaut, die in einer tiefen Grube steht und wohl bald 30 m hoch ist. Auch die Kollegen sind in Ordnung.

„Gestern hatte ich wieder den langen Hans im Korb. Mensch, haben wir gelacht. Aber wenn der oben auf der Maschine spazieren geht, muß ich mir immer die Augen zuhalten, weil ich Angst habe, der fällt gleich herunter. Da ist ja kaum Platz zum Stehen und der klettert da in 30 m Höhe herum und muß da arbeiten." — „Ach, gestern sollte ich auch wieder den Korb anhängen. Stell dir vor, die haben den nicht gesichert, der eine Vorarbeiter mit der Brille, und ich habe mich geweigert aufzuziehen. Großes Spektakel, bis der Haken zum Schluß doch gesichert wurde." — „Ach, immer derselbe, der Kerl nervt mich..." So unterhalten sie sich in der Kaue, während sie ihre Blaumänner anziehen.

Einerseits bauen sie gerne die große Maschine. Sie sind stolz auf ihre Arbeit. Es ist sehr kompliziert und aufregend, jedes Teil so haargenau einzubauen. Andererseits verlieren sie oft die Nerven. Die Maschine muß zum 2. Februar stehen und dann in einem Monat abgebaut sein. Alle stehen unter Zeitdruck. Sicherheit für die Arbeiter ist lästig und kostet Zeit, und Zeit ist Geld! Geld für die Kapitalisten! Täglich müssen die beiden ihre Kollegen in einem Transportkorb auf die Maschine fahren. Oben auf der Maschine ist aber weder ein Gitter noch irgendein anderer Schutz angebracht. Auch die Grube ist nicht geschützt oder abgedeckt. Alles muß schnell gehen, schnell, schnell. Das ist Gift für Helga, die sowieso schon nervös ist. So geht es eine ganze Zeit lang.

Dann wird Anne krank. Als sie nach zwei Wochen wiederkommt, ist Helga nicht da. An ihrem Arbeitsplatz angekommen, stutzt Anne. Die Arbeit an der Maschine geht langsamer, es wird auf Sicherheit geachtet. Die Grube ist mit Zäunen und Brettern geschützt worden, die Kollegen haben ganz neue Haltegurte und sie muß als erstes Stangen auf die Maschine fahren, mit denen die Kollegen ein Schutzgitter bauen. Da stimmt doch etwas nicht! Die Kollegen sind so ernst, keine Witze, kein Lachen, keiner will im Korb geschaukelt werden. Was ist los? Bei der erstbesten Gelegenheit geht Anne zum Kran, um zu sehen, was los ist. Zwei Kollegen kommen auf sie zu. Anne fragt: „Was ist los?" „Ja, weißt du, der lange Hans ist tot, vorgestern, ist an der Maschine passiert, er ist in die Grube gefallen." Die Kollegen berichten über Einzelheiten. „Ja, und Helga mußten sie auch gleich mit Blaulicht wegfahren, sie hat die Nerven verloren und ist durchgedreht." Anne ist kalkweiß geworden. Sie meint, den Schmerz und die Empörung nicht mehr ertragen zu können. Möchte schreien. „Aber heute Schutzgitter bauen, wo es zu spät ist", bricht es aus ihr heraus. „Es mußte ja einmal etwas passieren, das konnte doch nicht gutgehen", sagen die Kollegen. „Einer von uns, Otto, hat einen Schock bekommen. Wir mußten mit ihm draußen langsam spazierengehen." Ein anderer ergänzt: „Das Schärfste war, daß wir sofort in einer anderen Halle weiterarbeiten sollten — ‚damit wir nicht so viel dran denken', sagt der Chef. Aber fast alle von uns sind nach Hause gegangen."

Anne geht zur Meisterbude. Dort sind bereits drei Kollegen. Der Meister ist „todtraurig" und erzählt etwas von „Schicksal" und „erst 23 Jahre und mußte schon sterben". Anne und die anderen Kollegen fahren ihn an: „Wenn die Grube abgesichert gewesen wäre, hätte es kein ‚Schicksal' gegeben!"

Anne geht wieder zum Kran. Unten stehen mehrere Kranführer und Anschläger. Ihre einhellige Meinung: „Wieder mußte einer sterben, damit die Oberen ihren Reibach machen!"

Und Helga? Helga hatte einen Nervenzusammenbruch, wurde mit Valium vollgepumpt und bekam nach sechs Wochen ihre Papiere.

"Was ist das für ein Staat, der so mit seiner Jugend umgeht?"

Ich arbeite an einer Berufsschule für ungelernte und arbeitslose Arbeiterinnen. Die meisten der knapp 3.000 Mädchen sind arbeitslos, im Schnitt die Hälfte bis zweidrittel. Natürlich bekommen sie keinen Pfennig Unterstützung. Ihren ursprünglichen Wunsch, eine Lehrstelle zu bekommen, haben die meisten längst begraben, zumal fast die Hälfte der Mädchen nicht mal den Hauptschulabschluß hat, sondern aus der 7. oder 8. Klasse abgegangen ist.

Ihre Arbeitssuche ist eine erniedrigende und quälende Tortur. Auf dem Arbeitsamt: „Die quatschen einen bloß voll, bloß Arbeit haben sie nie." Wenn sie auf Annoncen in der Zeitung antworten, heißt es: „Berufsschulpflichtige nehmen wir nicht!" „Wir können das schon nicht mehr hören!" stöhnen die Mädchen. „Wir möchten gerne endlich arbeiten, aber es gibt einfach nichts. Was sollen wir denn machen?"

Manchmal findet ein Mädchen eine Arbeit, und sie fragen nicht mehr danach, was für eine. „Wir machen auch schmutzige Arbeit. Ich würde auch als Putzfrau gehen. Aber sie nehmen uns nicht", sagen die Mädchen. Die eine arbeitet 50 Wochenstunden im Blumenladen, die andere im Akkord in einer Klitsche, die dritte hat einen 8-Wochenstunden-Job.

Die Bezahlung ihrer Arbeit treibt sogar Lehrern, die gar nicht auf der Seite der Schüler stehen, das Wort „Ausbeutung" auf die Lippen. Die Stundenlöhne liegen zwischen drei und vier Mark, nur manchmal höher. Als Softeisverkäuferin zehn Stunden am Tag werden zwei Mark Stundenlohn geboten. Bei 50 Wochenstunden werden natürlich keine Überstunden gezahlt. Ein Mädchen meldet sich für eine Frisörlehrstelle. „Willste lernen oder arbeiten", fragt der Chef. „Wieso?" fragt das Mädchen. „Wenn du lernst, kriegste 100, wenn du arbeitest, kriegste 500 DM raus." Das Mädchen überlegt, daß es zu Hause mindestens 150 DM abgeben müßte, also „arbeitet" sie. Der Chef hat so eine Hilfskraft für ca. drei Mark Stundenlohn, die er jederzeit wieder feuern kann. Das Mädchen muß aber volle Arbeit leisten.

Doch Arbeit haben die Mädchen meist nicht für lange. Ein Mädchen war 14 Monate Kassiererin im Supermarkt und wurde zum erstenmal krankgeschrieben. Gekündigt! Ein Mädchen arbeitet in einer Fabrik und es hieß zwar: „Du bist ja erst 15 und mußt keinen Akkord schaffen." Aber wenn sie mal weniger schaffte, hieß es gleich, sie sei wohl faul. Dann wurde rationalisiert und die Belegschaft drastisch gekürzt: Natürlich flog sie mit als erste.

Neuerdings werden aber auch die Anforderungen bei Bewerbungen enorm hochgeschraubt. Wer als Hilfsverkäuferin bei Hertie anfangen will, muß erst einmal eine Prüfung ablegen: ein Diktat, eine Niederschrift, eine Rechenarbeit. Ein Mädchen fand eine Lehrstelle in einer Bäckerei und flog nach drei Tagen wieder, weil sie die Brötchenpreise nicht schnell genug im Kopf addieren konnte. Eine andere bewarb sich für eine Konditoreilehre. 77 andere bewarben sich mit ihr. Der Chef ließ sich jede vorführen mit Zeugnissen. Wer schlechter als „drei" war oder patzige Antworten gab, schied gleich aus. Der Rest mußte eine Prüfung wie schon beschrieben ablegen. Schließlich blieben drei übrig. Dann unterhielt sich der Chef mit ihr. Er quatschte übers Wetter und allerlei Unsinn. Das Mädchen dachte schon: „Ich gehe lieber, der Mann hat ja 'nen Schatten", da gratulierte er ihr nach einer Stunde und sagte: „Sie haben bestanden, Sie haben Geduld."

Nun gibt es als „Maßnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit" ein sogenanntes Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen-Programm (ABM). Da arbeiten Mädchen für sechs Monate vier Stunden täglich für fünf Mark Stundenlohn in Krankenhäusern. Danach sind sie wieder dort, wo sie waren, und das Krankenhaus kann wieder die nächsten Mädchen ausbeuten. Ein solches ABM-Programm ist auch die Näherei eines Heimes, in der ein Mädchen arbeitete für 45 Pfennige (!) die Stunde. Ein Kommentar erübrigt sich da wohl.

So sehen unser „vielfältiges Bildungssystem", die „Chancengleichheit", die „freie Berufswahl" und die „guten Verdienst- und Aufstiegschancen" in unserem Staat aus. Und dann gibt es ja Gesetze zum „Schutz der Jugend" gegenüber „dem Arbeitgeber". Doch die Mädchen beurteilen diese Gesetze nach ihren Erfahrungen: Wenn es wirklich um den Schutz der Jugendlichen geht, dann kräht kein Hahn nach den Gesetzen. Im Gegenteil, wer es wagt, sich auf so etwas zu berufen, der fliegt: „Andere warten nur auf ihren Arbeitsplatz!" Ansonsten dient das Jugendarbeitsschutzgesetz nur dazu, den Jugendlichen noch die letzten Chancen auf einen Arbeitsplatz zu nehmen, weil es den Kapitalisten die Gründe liefert, berufsschulpflichtige Jugendliche nicht beschäftigen zu müssen.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen wächst weiter. Und die Möglichkeiten, die dieses System der Jugend bietet, werden immer deutlicher: unnütz den Eltern auf der Tasche liegen zu müssen oder sich grenzenlos ausbeuten und kaputtmachen zu lassen mit der ständigen Angst, auch diesen Arbeitsplatz wieder zu verlieren. Aber keine Chancen, etwas Anständiges zu lernen.

„Was muß das für ein Staat sein, der so mit seiner Jugend umgeht?" — sagte eine Schülerin. — Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Schülerin und Tausende mit ihr erkennen werden, daß es für die Jugend nur einen Ausweg gibt: sich in der sozialistischen Revolution den Weg zu bahnen für ein freies und glückliches Leben im Sozialismus.

Krieg den imperialistischen Kriegen

Fortsetzung vom Seite 1

Metallwerk Diehl (Handgranaten, Panzerfäuste), die Industrie-Werke Karlsruhe, die Klöckner-Humboldt-Deutz AG, die Stahlproduzenten Thyssen und Krupp, der Flugzeug- und Raketenkonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm, diverse Werften wie HDW, Nordseewerke, Blohm und Voss bis zum Panzerbauer Atlas MaK, die Nutznießer der Rüstungsaufträge des Bundes sind.

Die wiederholt gepriesene „Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr" kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß immer mehr ehemalige Militärs Spitzenpositionen in der Rüstungsindustrie einnehmen. **Es gibt kaum noch ein Rüstungsunternehmen in Westdeutschland, das nicht Bundeswehroffiziere unter Vertrag hält.**

Die Macht des Finanzkapitals

dessen wesentlicher Faktor das mit dem Bankkapital verschmolzene Rüstungsindustriekapital ist, wurde — entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens — in der Deutschen Bundesrepublik voll wiederhergestellt. Geradezu typisch ist die Besitzkonzentration der entscheidenden Rüstungsfirmen auf wenige Familienclans oder auf Einzelpersonen. Flick (Krauss-Maffei, Dynamit Nobel), Quandt (Industrie-Werke Karlsruhe), Diehl (Diehl), Bölkow, Messerschmidt und die Familie Blohm (alle MBB) oder Dornier sowie die Röchlings (Rheinmetall) entscheiden über die Strategie der einflußreichen Firmen, beeinflussen und lenken die jeweiligen Regierungen, plündern die Staatskasse und heimsen den Löwenanteil der Rüstungsgewinne ein.

Sie sind die gleichen geblieben, die deutschen Imperialisten, die Röchlings, Flicks, Krupps. Ihr größtes Geschäft ist die Aufrüstung, ist der Krieg. Zwar sind sie nicht mehr die größten, die Kriegsbrandstifter, die Weltfeinde Nr. 1, doch immerhin beliefern sie die drittstärkste Militärmacht der Welt, die Deutsche Bundesrepublik. Eine zusätzliche Profitquelle haben sie sich durch den Waffenexport und zwar an die reaktionärsten Regime wie die in Südafrika, Israel, Brasilien u. a. erschlossen.

Kriegsbrandstifter Nr. 1

sind heute die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die UdSSR. Nach dem letzten Weltkrieg waren es die USA, die das Erbe des britischen, französischen und deutschen Imperialismus antraten und sich zur ersten Supermacht mauserten. Später, nachdem die Chruschtschow-Clique in der einst sozialistischen Sowjetunion durch einen konterrevolutionären Putsch die Macht an sich gerissen hatte und das Land auf den Weg der kapitalistischen Restauration führte, entwickelte sich auch die Sowjetunion zu einer (sozial)imperialistischen Supermacht, die an Raubgier und Aggressivität dem USA-Imperialismus in nichts nachsteht.

Diese Supermächte sind gegenwärtig die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, die größten Feinde der Revolution und des Sozialismus. Einerseits, wenn es darum geht, andere Staaten zu zwingen, sich ihrem Diktat zu beugen, um ihre Überlegenheit vor allem auf militärischem, technisch-wissenschaftlichem Gebiet aufrechtzuerhalten und auszubauen, die ganze Welt mit ihren Atomwaffen zu erpressen, kollaborieren sie zeitweilig miteinander.

Andererseits stehen sie in ständiger abgrundtiefer Rivalität zueinander, machen sie sich gegenseitig ihre imperialistischen Einflußgebiete streitig, führen sie einen unerbittlichen Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußsphären. **Von ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geht die Hauptgefahr für den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkriegs aus.**

Die Kriegsgefahr wächst

auch wenn man es uns gern anders einreden möchte, von wegen: SALT, Helsinki, Belgrad, Entspannung und dem so oft zitierten Gleichgewicht des Schreckens, das angeblich den Kriegsausbruch verhindert. Wozu bauen sie denn wohl all ihre Panzer, Kanonen, Kampfflugzeuge, Raketen? Doch nicht, um sie ins Museum zu stellen. **Nein, noch immer hat, wie die Geschichte klar und eindeutig beweist, ein Machtkampf zweier imperialistischer Großmächte oder Blöcke zum Krieg geführt. Ihr jeweiliges Streben nach Maximalprofiten, nach Weltherrschaft, läßt die Supermächte zwangsläufig früher oder später auch militärisch aneinandergeraten.**

Schon ihre gewaltigen, sich ständig steigernden Rüstungsausgaben — rund 600 Millarden Mark wurden allein 1976 weltweit für die Aufrüstung ausgegeben — werden sie in Schwierigkeiten bringen. Wer ist es denn, der diese Riesensummen aufbringen muß? Wir, die Werktätigen, die Völker. Und diese lassen sich auf die Dauer nur bis zu einem gewissen Grad ausbeuten. Dann rebellieren sie. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, neigen die Imperialisten zur Entfesselung des Krieges. So hoffen sie, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Einmal die unbotmäßigen Völker, die Werktätigen der verschiedenen Länder gegeneinander zu hetzen, um so deren Zorn von sich abzulenken, zum anderen hoffen sie aufgrund ihrer Erfahrungen während der zwei letzten Weltkriege, nicht nur ungeschoren, sondern kräftig saniert davonzukommen.

Aber würden nicht angesichts der ungeheuren Zerstörungen, die ein weltweiter Atomkrieg hervorriefe, diesmal auch sie, die Herrschenden, in Mitleidenschaft gezogen? So unvernünftig können sie doch nicht sein, einen Atomkrieg zu entfesseln, hört man des öfteren sagen.

Die Ursachen beseitigen!

Erstens hat die Auslösung des Krieges nichts mit der Vernunft bzw. Unvernunft der Herrschenden zu tun. Es ist die dem Kapitalismus innewohnende Gesetzmäßigkeit des Konkurrenzkampfes, des Strebens nach höchsten Profiten, die zwangsläufig zum Krieg führt. Es gibt keinen friedfertigen oder auch „vernünftigen" Imperialismus. **Wer will, daß es keine Kriege mehr gibt, muß ihre Ursache, das kapitalistische Gesellschaftssystem" beseitigen, muß den imperialistischen Kriegen den revolutionären Krieg des Volkes entgegensetzen!**

Zweitens, wer sagt denn, daß es überhaupt zu einem Atomkrieg kommt? Auch im zweiten Weltkrieg hatte man auf beiden Seiten Gas und andere chemische Kampfmittel, die dennoch nicht zum Einsatz kamen. Doch auch ein konventionell geführter dritter Weltkrieg würde, infolge der waffentechnischen Weiterentwicklung gegenüber dem zweiten, Hunderte von Millionen Opfer kosten und mit Sicherheit die Zerstörung Deutschlands bedeuten. **Denn unabhängig davon, wo er ausbrechen sollte, ein kommender Weltkrieg würde — da die zwei Supermächte hier die größten Interessen haben — in Europa stattfinden.**

Drittens, wer sagt denn, die Herrschenden würden im Falle eines Atomkriegs selber in Mitleidenschaft gezogen? Sie, die heute schon ihre Luxusvillen in der Schweiz, auf den Bahamas, in Weltgegenden haben, von denen man annehmen kann, daß sie in ein drittes Weltgemetzel nicht hineingezogen werden. Sie, die Herren des Finanzkapitals, ihre brillantenbehängten Tunten und verzogene Brut werden sich sicher rechtzeitig in ihre herrschaftlichen Ausweichquartiere absetzen, während die Düsenjets ihrer Manager aufgetankt für den Fall eines Falles bereitstehen. Und selbst ihre Lakaien in Staat und Regierung sind in der Regel mit atomsicheren Bunkern versorgt, **während die deutsche**

Bevölkerung schutzlos

den Atomschlägen aus West und Ost ausgesetzt ist. Während im letzten Jahr 31,8 Milliarden Mark für die Rüstung, Panzer, Flugzeuge usw. ausgegeben wurde, blieben für den Zivilschutz ganze 547 Millionen, gerade ausreichend, die Fahrzeuge des Rettungsdienstes instand zu halten.

Der grenzenlose Zynismus der Herrschenden kommt auch darin zum Ausdruck, daß, während die Bundesregierung alle zwei Jahre in ihrem atomsicheren Prominentenbunker im Ahrtal bei Bad Neuenahr (Kosten: mehr als eine Milliarde) den Kriegsfall übt, man der Bevölkerung empfiehlt, sich im Falle einer Atomexplosion eine Aktentasche über den Kopf zu halten. Man ist nicht einmal bereit, die Mittel bereitzustellen, um die noch vorhandenen fünf Millionen Altschutzplätze auszumotten, geschweige denn, in nötiger Zahl neue Bunker zu bauen. Bestenfalls bemüht man sich, die alten Bunker mit bunten Farben zu versehen. Von Zeit zu Zeit läßt man die Luftschutzsirenen ertönen, doch wohin sich die Bevölkerung im Ernstfall begeben soll, sagt man nicht.

So sind sich die Herren des Finanzkapitals und ihre Lakaien in Staat und Regierung durchaus im klaren darüber, daß im Kriegsfall die Verluste der Zivilbevölkerung weitaus größer sein werden als die der Truppe. Was stört es sie. Hauptsache, ihr eigenes kostbares Leben ist in Sicherheit. Und endlich haben sie jetzt durch die sogenannte

„humane" Bombe

ein Problem lösen können, das ihnen schon lange am Herzen lag. Das Problem, wie man die Werke, Fabriken, Maschinen des Gegners unzerstört in die Hand bekommt, bzw. eigene verlorengegangene wiedererobert, ohne sie zerstören zu müssen. Eben durch die „humane", die Neutronenbombe, die zwar in bestimmtem Umkreis alles Leben vernichtet, die Schäden an Gebäuden, Maschinen usw. aber möglichst gering hält. **Nichts entlarvt deutlicher den menschenfeindlichen Charakter des Kapitalismus als dieses neue Mordinstrument.** Und sicher — auch wenn sie heute ein großes Geschrei erheben — werden es bald auch die russischen Sozialimperialisten haben, denn ein heiles Ruhrgebiet ist ihnen lieber als ein zerstörtes. Uns aber, den Menschen, kann es schließlich egal sein, ob wir im Umkreis von zwei Kilometern durch eine Atombombe herkömmlicher Art erstickt, verbrannt oder durch eine Neutronenbombe langsam — wie der Fachausdruck heißt — versaftet werden.

Tagtäglich liest und hört man Spekulationen darüber, wer denn nun stärker sei, der Osten oder der Westen. Ob, wie US-Senatoren behaupten, der Osten „aus dem Stand" angreifen kann, oder ob der NATO-Oberkommandierende Haig recht hat, der diese „Blitzkrieg"-These zurückwies. Klar, daß diese Art Meldungen „Sowjetpanzer in 48 Stunden am Rhein", „US-General warnt vor russischer Überlegenheit" in der Regel dazu dienen, den amerikanischen und westdeutschen Rüstungskonzernen neue Aufträge zuzuschanzen und der Bevölkerung einzureden, nur unter dem NATO-Schutzschild fänden sie Sicherheit. **Eine „Sicherheit" auf 10.000 Atombomben, die heute in Europa lagern.**

Wer verteidigt wen?

„Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen", so schwören bundesdeutsche Soldaten und einen ähnlichen Spruch haben auch ostdeutsche Rekruten auf Lager. Doch was verteidigen sie? Ihr „sozialistisches" Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik? **Nein, denn ihr halbes Deutschland ist weder sozialistisch, noch deutsch, noch demokratisch. Es ist eine Kolonie, ein Generalgouvernement der russischen Sozialimperialisten. Was sie verteidigen, ist die Herrschaft ihrer Sklavenhalter, der neuen Zaren im Kreml, und ihrer ostdeutschen Lakaien.**

Und was verteidigt der bundesdeutsche Soldat? Recht und Freiheit des deutschen Volkes? **Nein, was er verteidigt, sind die Werke, Schächte, Fabriken, Werften usw., die ihm nicht gehören, Luxus und Bankkonten der Reichen, das „Recht und die Freiheit" der Herren der Monopole und Banken, der Kapitalisten, die Werktätigen schrankenlos auszuplündern, ausbeuten zu können.**

Verteidigung von Heim, Frau und Kind? Ein Hohn, wenn diese „Verteidigung" in ihrer Vernichtung besteht. Nein, ein Krieg zwischen den Supermächten, zwischen NATO und Warschauer Pakt — egal, wer ihn anfängt — ist von Anfang an nicht unser Krieg. Sollen sich doch die Reichen, die Herrschenden, die Breschnew und Carter persönlich schlagen. Wir sind gern bereit, ihnen das Grab zu graben. **Wir lassen uns nicht zum dritten Mal in den Brudermord hetzen. Wir werden ihrem ungerechten Krieg den Volkskrieg, den Krieg zum Sturz ihrer reaktionären, kapitalistischen Herrschaft in Ost und West, entgegensetzen!**

Doch besser noch ist es, nicht den Kopf in den Sand zu stecken in der vergeblichen Hoffnung, es wird soweit schon nicht kommen, sondern den Kampf schon heute aufzunehmen. Den Kampf dagegen, daß Deutschland, unsere Heimat, Kriegsschauplatz wird, den Kampf dagegen, daß es zum dritten Weltkrieg kommt. **Nicht durch Friedensbeterei, durch vergebliche Abrüstungsappelle, sondern durch unseren militanten Kampf auf der Grundlage unseres gemeinsamen Antikriegsprogramms:**

Antikriegsprogramm

- **Sofortige Inangriffnahme des Baus von atomsicheren Bunkern für die Bevölkerung**
- **Weg mit Atomwaffen, Neutronenbomben und anderen Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden**
- **Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland**
- **Austritt Westdeutschlands aus der NATO und EG und Ostdeutschlands aus dem Warschauer Pakt und dem RGW**
- **Bewaffnung des ganzen deutschen Volkes mit dem Ziel der Vertreibung der Supermächte von deutschem Boden und dem Sturz ihrer ost- und westdeutschen Lakaien und Komplizen**

Kämpft mit Eurer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, der KPD/ML,

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Kundgebungen und Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag 1977

Bochum: 3. 9., 19 Uhr, Gaststätte Hölscher, Wattenscheid, Hochstr. 100
Bremen: 2. 9., 19,30 Uhr, Gaststätte Werdenhofer, Grenzwehr
Dortmund: 2. 9., 19 Uhr, Jakobsschänke, Weißenburgerstr.
Duisburg: 1. 9., 19,30 Uhr, Ratskeller, Hamborn, Duisburger Straße
Flensburg: 3. 9., 19 Uhr, Deutsches Haus
Freiburg: 1. 9., 20 Uhr, Hotel Sonne, Baseler Straße
Friedrichshafen: 4. 9., 15 Uhr, Paulinenhof
Hamburg: 10. 9., 17 Uhr, Elbhalle, Finkenwerder, Norderdeich 14
Hannover: 3. 9., 18 Uhr, Haus der Jugend, Terrassensaal
Heidenheim: 3. 9., 19 Uhr, Sonneneck, Friedensstraße
Kassel: 4. 9., 19 Uhr, Bürgerschenke, Wehlheiderkreuz
Köln: 3. 9., 16 Uhr, Gaststätte Mathildenhof, Köln-Deutz, Mathildenstraße
München: 3. 9., 18 Uhr, Gaststätte Bruder Barnabas, Bereiteranger
Singen: 1. 9., 19 Uhr, Cafe Lusch, Rielasingerstraße
Stuttgart: 3. 9., 16 Uhr, Eduard-Pfeiffer-Haus, Heusteigstr. 45
Weinheim: 3. 9., 16 Uhr, Deutsches Haus, Friedrichstr. 3
Westberlin: 3. 9., 16 Uhr, Gesellschaftshaus, Neukölln, Karl-Marx-Straße

Aus aller Welt

ISRAEL

Wie jetzt in Tel Aviv bekanntgegeben wurde, haben die israelischen Zionisten ihre staatlichen Dienststellen auf die 1967 besetzten arabischen Gebiete ausgedehnt. Das bedeutet, daß diese Gebiete, vor allem das Westjordanland und der Gaza-Streifen, die früher einen Besatzungsstatus hatten, vollständig in das israelische Staatsgebiet eingegliedert werden. In der für die Tel Aviver Reaktionäre typischen Arroganz erklärte ein Sprecher der Zionisten auf die scharfe Kritik, die aus den arabischen Ländern an dieser neuen Provokation kam: „Es ist falsch, von Annexion zu reden, denn annektieren kann man nur, was einem nicht gehört."

Damit machten die Zionisten wieder einmal deutlich, daß sie den Boden, den sie den arabischen Völkern geraubt haben, als ihr Privateigentum betrachten, mit dem sie nach Belieben verfahren können. Der Zionistenchef Begin gab in der letzten Woche auch zum ersten Mal offen zu, daß sein Regime schon seit geraumer Zeit die libanesischen Reaktionäre unterstützt, die angetreten sind, die von der palästinensischen Befreiungsbewegung im Libanon stationierten bewaffneten Kräfte zu vernichten.

Im einzelnen haben die Zionisten 110 Panzer, 5.000 Maschinengewehre, 12.000 Gewehre und Geldmittel in Höhe von 35 Millionen Dollar an die libanesischen Reaktionäre geliefert. Außerdem haben sie Tausende von Mitgliedern der berüchtigten libanesischen Faschistengruppen wie der „Falange" in ihren Lagern ausgebildet. Aber die Zionisten beschränken sich nicht auf diese massive Hilfe. Sie greifen bis heute auch direkt mit Panzertruppen und Infanterie, mit Kriegsschiffen und Phantom-Bombern in die Kämpfe im Südlibanon ein. Ihr Ziel ist es dabei nicht nur, die bewaffneten palästinensischen Kräfte zu vernichten, sondern auch, die Bevölkerung des Südlibanon zu terrorisieren und eine militärische Besetzung dieses Gebiets vorzubereiten.

Was könnte deutlicher als diese unverhüllten Akte der Aggression gegen die arabischen Völker die faschistische Fratze der Zionisten entlarven, die hinter allem Gerede über eine angebliche Friedensbereitschaft nicht verborgen werden kann. Niemals werden diese Reaktionäre irgend etwas, das sie in ihren Klauen haben, freiwillig hergeben. Die Demagogie, die jetzt mit der „Genfer Friedenskonferenz" und dem angeblichen amerikanischen Druck auf die Zionisten betrieben wird, dient nur dazu, den Kampf der arabischen Völker zu lähmen, Illusionen darüber zu erwecken, daß ihr Schicksal nicht im bewaffneten Befreiungskampf, sondern durch die Diplomatie Washingtons oder an den Konferenztischen der beiden Supermächte entschieden würde.

GROSSBRITANNIEN

Zu langanhaltenden Straßenschlachten kam es letzte Woche in London und Birmingham, als die Polizei mit Gewalt die Durchführung faschistischer Provokationen durchsetzen wollte. Im Londoner Stadtteil Lewisham, der zum größten Teil von farbigen Einwanderern aus den ehemaligen britischen Kolonien bewohnt ist, waren etwa 2.000 Anhänger der faschistischen Gruppe „Nationale Front" aufmarschiert. Sie wollten eine gegen die Farbigen gerichtete Demonstration durchführen unter Hetzparolen, die den Farbigen die Schuld an der zunehmenden Zahl von Verbrechen in die Schuhe schieben. Ein Führer dieser Faschisten erklärte offen: „Rassismus ist etwas, was wir nicht nur zugeben. Im Gegenteil: Wir rühmen uns dessen und predigen ihn."

Die Einwohner von Lewisham setzten sich gegen diese Provokation entschieden zur Wehr und stellten sich den Faschisten entgegen. Die reaktionären Londoner Behörden boten 6.000 Polizisten, ein Viertel ihrer ganzen Polizeimacht auf, um den Faschisten den Weg freizuprügeln. Nach erbitterten Kämpfen, in deren Verlauf über 100 Personen verletzt wurden, konnte trotz dieses riesigen Polizeiaufgebots der Aufmarsch der Faschisten gestoppt und zerschlagen werden.

Der massive Einsatz der Polizei zum Schutz der Faschisten zeigt, daß auch die britische Bourgeoisie diese Gruppen fördert, daß sie im faschistischen Rassismus ein Mittel sieht, um die Arbeiterklasse zu spalten, weiße und farbige Werktätige gegeneinander aufzuhetzen, um so die Kampfkraft des Proletariats zu schwächen.

FRANKREICH

Mit einem Sieg der Druckereiarbeiter ist jetzt der Streik bei der Pariser Zeitung „Le Parisien Libéré" beendet worden. Dieser Streik war mit einer Dauer von 29 Monaten der längste in der französischen Pressegeschichte überhaupt. Mit ihrem Kampf haben die Kollegen die vom französischen Pressezaren Amaury geplante Stillegung der Druckerei in der Rue D'enghien verhindert. Amaury hatte mit allen Mitteln versucht, diesen Streik zu brechen. Er heuerte Mitglieder der gelben Gewerkschaft Force Ouvrière zum Drucken der Zeitung an. Aber die Arbeiter der Vertriebsorganisationen weigerten sich, die Zeitung an die Kioske zu bringen. Und immer wieder wurden ganze Lastwagenladungen mit dem „Parisien Libéré" von den Streikenden vernichtet. Auch zahlreiche Überfälle der Polizei auf die Streikenden und ein großangelegter Einsatz, mit dem die Polizei im letzten Herbst das von den Arbeitern besetzte Druckhaus räumen wollte, konnten den Kampf der Arbeiter von der Rue D'enghien nicht brechen. Eine große Hilfe für diesen Kampf waren die zahlreichen Solidaritätsstreiks, die immer wieder von den Kollegen anderer Zeitungsdruckereien durchgeführt wurden.

AZANIA

Die südafrikanischen Rassisten haben eine ganze Negersiedlung, Modderdam bei Kapstadt, die aus etwa 1.000 Hütten bestand, dem Erdboden gleichgemacht und dadurch mehr als 8.000 Menschen vertrieben. Auch die Siedlung Wergenot, die in der Nähe liegt, soll jetzt zerstört werden. Die unverschämte Begründung der Rassistenbehörden: die Schwarzen hätten kein Recht, dort zu wohnen, weil es sich um staatlichen Boden handele.

Das ist ein weiteres Beispiel für die Brutalität der rassistischen Unterdrücker. Sie, die dem azanischen Volk sein Land geraubt haben, halten dieses Volk als Gefangene auf seinem eigenen Boden. Die Azanier dürfen nur in den Ghettos und Reservaten leben, die von den Rassisten zu diesem Zweck geschaffen wurden und in denen sie unter der Bewachung durch die Unterdrückungsorgane des Regimes stehen. Aber wie die Kämpfe in Soweto und anderen Ghettos gezeigt haben, gelingt es den Rassisten nicht, den Widerstand gegen ihr Terrorregime zu unterdrücken.

Anläßlich der Entführung des Kriegsverbrechers Kappler

Brief der KPD/ML an die KPI/ML

Angesichts der dreisten Entführung des faschistischen Mörders Kappler aus seiner Haft in die Obhut und den Schutz der westdeutschen Bourgeoisie hat das Zentralkomitee unserer Partei den folgenden Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten gerichtet, in dem die kämpferische Solidarität unserer Partei mit den italienischen Antifaschisten hervorgehoben und ihr fester Wille bekräftigt wird, den revolutionären Kampf fortzuführen, bis mit dem Imperialismus die Wurzeln des Faschismus ein für allemal ausgerottet sind.

Liebe Genossen!

Zorn und Empörung erfüllt uns angesichts des provokatorischen Akts, mit dem die westdeutsche Bourgeoisie den faschistischen Kriegsverbrecher und Mörder des italienischen Volkes, Kappler, aus italienischer Haft entführt und der Bestrafung für seine Verbrechen entzogen hat. Diese Aktion, einem faschistischen Kommandounternehmen ebenbürtig, ist eine unerhörte Provokation gegen das italienische Volk, insbesondere gegen die Kommunisten, Revolutionäre und Antifaschisten, die heldenhaften italienischen Partisanen und ihre Angehörigen, eine Provokation und Beleidigung gegen alle anderen Völker, das deutsche Volk eingeschlossen, deren beste Söhne und Töchter ihr Leben gaben für die Vernichtung des Hitlerfaschismus, den Frieden und die Freiheit.



„Es lebe der proletarische Internationalismus!" — Großveranstaltung der KPI/ML im April dieses Jahres, die die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus geschmiedete Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien zum Ausdruck brachte.

Der westdeutsche imperialistische Staat, seine Regierung, seine Politiker, Parteien und Organe erweisen sich erneut als konsequente Verteidiger des hitlerfaschistischen Regimes, seiner ungeheuren Verbrechen gegen die Völker, als enge Freunde, Komplizen und Beschützer der Schergen und Henker dieses Regimes, die heute noch leben. Sie haben von Anfang an die Bundesrepublik zum sicheren Asyl für alle nazistischen Kriegsverbrecher, Mörder und Folterer, alle hohen und weniger hohen Funktionäre der SS, SA, der NSDAP und des faschistischen Staates gemacht. Ein Asyl, in dem diesem Gesindel nicht nur keine Strafe droht, sondern ganz im Gegenteil der hohe Nazititel der Vergangenheit zum besten Ausweis wurde, um bis in die höchsten Spitzen des Staates und der Verwaltung, der Justiz und der Polizei, der Wirtschaft und der Armee vorzudringen, und dort entscheidende Funktionen einzunehmen.

Dies alles hat seinen Grund darin, daß zwar der Hitlerfaschismus durch den Kampf der Völker, insbesondere durch den Heldenkampf der Roten Armee J. W. Stalins, zerschlagen wurde, die Wurzel des Faschismus in Westdeutschland aber, die Herrschaft des Finanzkapitals und der imperialistischen Monopole, nicht beseitigt wurde.

So ist die Befreiung des Henkers von Rom, Herbert Kappler, kein Zufall und keine vereinzelte Aktion, sondern ein Glied in der Kette der reaktionären, aggressiven Politik des westdeutschen Imperialismus.

Wir, die Genossen und Kämpfer der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und alle deutschen Revolutionäre und Antifaschisten, teilen von ganzem Herzen die Empörung des werktätigen italienischen Volkes, das jetzt sehen muß, wie dieser Kriegsverbrecher, der Hunderte italienischer Antifaschisten und Patrioten ermordete und weitere Tausende der Besten des italienischen Volkes in die faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslager schickte, unbehelligt unter dem unmittelbaren Schutz der Bonner Regierung, der Justiz und versehen mit einer Leibgarde westdeutscher Polizisten den gerechten Forderungen der italienischen wie der deutschen und aller anderen Antifaschisten auf Bestrafung Hohn sprechen darf.

Liebe Genossen,

Ihr, die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, seid die Erben, rechtmäßigen Nachfolger und Fortsetzer des ruhmreichen Kampfes der italienischen antifaschistischen und patriotischen Partisanen, die den italienischen Faschismus schlugen und deren machtvolle Kampfaktionen den Untergang der Nazis beschleunigten. Unter Eurer korrekten, revolutionären marxistisch-leninistischen Führung werden die italienische Arbeiterklasse und das werktätige Volk den Kampf zum Siege führen, für den Eure Väter ihr Leben gaben: zum Triumph der Revolution und des Sozialismus in Italien.

Nehmt daher bitte den Ausdruck unserer unverbrüchlichen Solidarität und Kampfverbundenheit mit Euch entgegen, und übermittelt unsere solidarischen, kämpferischen Grüße den italienischen Antifaschisten, und besonders den Angehörigen der mutigen Kämpfer, die der faschistische Bandit Herbert Kappler 1944 bestialisch ermordete. Ihre Namen werden wir immer in Ehren halten und versprechen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit der Nazischerge Kappler seiner Befreiung aus der Haft keinen Tag froh wird. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten wird die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk seinen Kampf fortführen bis zur Vernichtung des westdeutschen Imperialismus und der Wurzeln der faschistischen Diktatur, bis unser großes Ziel, ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erreicht ist. Dann werden die faschistischen Kriegsverbrecher, und diejenigen, die sie unter ihren Schutz genommen haben, ihrer gerechten Strafe zugeführt und dem Blut der Millionen Opfer des Faschismus Genugtuung gewährt.

Spanien

Erfolgreicher Streik der Hotelangestellten

Mehr als 20.000 Angestellte des Hotel- und Gaststättengewerbes traten letzte Woche in den Touristengebieten an der spanischen Mittelmeerküste in den Streik. Ihre Forderung war eine Erhöhung des Monatslohns um 8.000 Peseten, was ungefähr 200 Mark entspricht. An den großen Hotelburgen zogen Streikposten auf. Die Kollegen harrten im Kampf aus, obwohl es immer wieder zu Überfällen der Polizei des monarcho-faschistischen Regimes kam und über hundert Streikende verhaftet wurden.

Aber es gab auch Versuche, die Streikfront von innen zu zersetzen. Wie berichtet wird, stellten sich in Lloret de Mar die Bonzen der sozialdemokratischen Gewerkschaft UGT und der unter dem Einfluß der Revisionisten stehenden „Arbeiterkommissionen" von vornherein gegen einen Streik in der Urlaubssaison.

Auf dieser Wellenlänge hetzten auch die Organe der westdeutschen Bourgeoisie gegen den Lohnkampf an der spanischen Küste. In aller Breite wurde darüber berichtet, daß die deutschen Touristen selbst hätten zum Kochlöffel greifen müssen. Ausgerechnet die Leute, die sonst jeden Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage der Werktätigen verteidigen, sorgten sich auf einmal um den Urlaub der Arbeiter. Tatsächlich ging es ihnen, wenn sie die spanischen Kollegen beschuldigten, den Urlaub der deutschen Touristen vermasselt zu haben, aber nur darum, die Werktätigen Spaniens und der Bundesrepublik gegeneinander auszuspielen und demagogisch zu behaupten, daß sich Streiks eben immer gegen die Interessen der Massen richten würden.

Aber der Kampf der Hotelangestellten war vollständig gerechtfertigt. Wie ist denn ihre Lage? Sogar die „Süddeutsche Zeitung" mußte zugeben, daß ihre Löhne „weit unter dem Durchschnitt anderer Urlaubsländer liegen". Das faschistische Regime in Spanien hat immer alles getan, um die Löhne der Arbeiter und Angestellten zu drücken und so den in- und ausländischen Kapitalisten Höchstprofite zu garantieren. Und die spanische Küste haben Franco und seine Nachfolger fast vollständig an die ausländischen Immobilienhaie, an die Touristenkonzerne verkauft, für die die spanischen Arbeiter und Angestellten zu Niedriglöhnen schuften müssen.

Und welche andere Zeit hätten sich denn die Hotelangestellten für ihre Kampfmaßnahmen aussuchen sollen? Den Winter vielleicht? Sie hatten nur in der Urlaubssaison die Möglichkeit, ihre Forderungen durchzusetzen, weil nur in dieser Zeit der Streik den Kapitalisten empfindliche Verluste brachte. Und die Erfolge, die die Kollegen in ihrem Kampf an vielen Orten errungen haben, gaben ihnen recht.

Die westdeutschen Werktätigen, die jetzt aus ihrem Spanienurlaub zurückgekehrt sind, denken allerdings ganz anders über diesen Streik, dessen „Opfer" sie waren, als die bürgerliche Presse. Urlauber, die in München nach ihren Eindrücken befragt wurden, erklärten, der Streik der Hotelangestellten sei „absolut richtig" und ihre Lohnforderungen „nur recht und billig".





Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN
FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

"Südostasiatische Kulturwoche" in Tübingen

Bonner Propaganda für die faschistischen Massenmörder

„Südostasiatische Kulturwoche" — unter diesem unverfänglichen Titel soll Ende dieses Monats in Tübingen eine Mammutveranstaltung über die Bühne gehen, zu der ein Riesenaufgebot an ausländischer und Bonner Prominenz erwartet wird. Kulturwoche — wer würde da nicht an Folklore, an Kunst, Theater, an die Begegnung mit der schöpferischen Tradition eines fremden Kulturkreises denken.

Aber was sich da in Tübingen zusammenrotten wird, ist eine Versammlung von Blutsaugern und Parasiten, die mit der Kultur des Volkes nicht das geringste zu tun haben, deren Handwerk vielmehr Folter und Massenmord ist.

Da sind zum Beispiel die Herren vom Kronrat in Thailand. Sie sind dadurch bekannt geworden, daß sie die Hauptstadt ihres Landes, Bangkok, in ein riesiges Bordell verwandelt haben, eine Kloake, die sogar noch das ehemalige Saigon übertrifft. Daß ihr Verständnis von Kultur dasselbe ist, wie das von Goebbels, haben sie unlängst dadurch unter Beweis gestellt, daß sie Bücherverbrennungen betrieben, denen alle revolutionäre und fortschrittliche Literatur zum Opfer fiel, deren sie habhaft werden konnten.

Unterdessen jagten ihre nach dem Vorbild der SA gebildeten Greiftrupps an der Universität und auf den Straßen fortschrittliche Studenten, stachen vielen von ihnen die Augen aus und schlugen andere bestialisch tot.

Dann ist da der General Moertopo aus Indonesien, der zusammen mit dem Außenminister Malik anreisen wird. Er ist der Chef der faschistischen Sicherheitspolizei, Herr über unzählige Gefängnisse und Konzentrationslager, in denen Zehntausende von politischen Gefangenen eingekerkert sind, mehr als in jedem anderen Land der Welt. Moertopo präsentiert in Tübingen unter anderem die Ausstellung „Die schönsten Orchideen Südostasiens", zusammengestellt von der Frau des Diktators Suharto.

An den Händen dieses Blumenfreundes klebt das Blut von unzähligen Gefangenen, die in seinen Lagern bestialisch gefoltert wurden, denen Nägel ausgerissen und Gliedmaßen zerquetscht, oder die mit eisenbeschwerten Lederpeitschen regelrecht zerfetzt wurden.

Im Gefolge dieser Bluthunde aus Bangkok und Djakarta werden sich in Tübingen höchste Vertreter der faschistischen Regime aus Malaysia, Singapur und den Philippinen einfinden. Sie kommen unter dem Deckmantel der Kultur und Völkerverbindung. Aber was sie wirklich wollen, ist zum einen, in ihren Gesprächen mit Genscher und anderen Vertretern des Bonner Staates die Erweiterung ihrer reaktionären Zusammenarbeit vorzubereiten. Zum anderen wollen sie, um für diese Zusammenarbeit eine wohlwollende öffentliche Meinung zu schaffen, massiv Propaganda für ihre faschistischen Staaten betreiben. Zu diesem Zweck hat ihnen Ministerpräsident Filbinger sogar die Tore der Schulen in Baden-Württemberg weit geöffnet.

Die Durchführung dieser „Südostasiatischen Kulturwoche" ist eine Provokation, die nicht unbeantwortet bleiben darf. In Tübingen haben sich verschiedene Organisationen, darunter auch unsere Partei, zusammengeschlossen, um der Propagandaveranstaltung der Bonner Imperialisten und ihrer faschistischen Freunde die Solidarität unseres Volkes mit den Völkern Südostasiens und ihrem bewaffneten Befreiungskampf entgegenzustellen. In einer gemeinsamen Erklärung der Aktionseinheit heißt es:

„Wir rufen alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, alle Freunde der Kultur und Menschlichkeit auf: Laßt euch nicht von der aufwendigen Propagandaschau des Erdmann-Verlags (offizieller Veranstalter — RM) betören! Besucht die Gegenveranstaltungen der Aktionseinheit! Unterstützt den Kampf der Völker Südostasiens für Demokratie und für ein menschenwürdiges Leben!"

US-Imperialisten — Todfeinde der Völker Südostasiens

Die Länder, die jetzt ihre Regierungsvertreter nach Tübingen schikken, haben sich vor einigen Jahren im ASEAN-Pakt zusammengeschlossen. Auf einem Gipfeltreffen des Pakts, das Anfang dieses Monats durchgeführt wurde, priesen die Suharto und Co. ihren Pakt als eine Wirtschaftsgemeinschaft an, die den Völkern der Region allgemeinen Wohlstand bescheren würde. Darüber hinaus hätte die ASEAN Südostasien in eine „Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität" verwandelt.

Was es aber tatsächlich mit der angeblichen Neutralität auf sich hat, zeigt die Tatsache, daß zwei der ASEAN-Länder, nämlich Thailand und die Philippinen, nach wie vor Militärstützpunkte der amerikanischen Supermacht sind. Von den Luft- und Marinebasen in diesen Ländern stiegen noch vor wenigen Jahren die amerikanischen B 52-Bomber auf, liefen die amerikanischen Kriegsschiffe aus, um die Völker Indochinas in die Kapitulation zu bomben. Die US-Imperialisten wurden im Volkskrieg besiegt, ihre Truppen aus Saigon und Phnom Penh vertrieben. Aber niemals dachten sie auch nur im Traum daran, sich aus den Positionen, die ihnen noch geblieben waren, freiwillig zurückzuziehen.

„Die USA sind und werden eine asiatische Macht bleiben", erklärte im letzten Monat Außenminister Vance arrogant. Und eins ihrer Machtinstrumente ist eben die ASEAN. Über ihre Aufgabe sagte der Generalsekretär des inzwischen aufgelösten amerikanischen Militärpakts SEATO offen, sie müsse einige Funktionen der SEATO übernehmen. Welche Funktionen damit gemeint sind, wurde im Februar deutlich, als sich hohe Offiziere aus den ASEAN-Staaten gemeinsam mit amerikanischen Spezialisten der Guerillabekämpfung in Bangkok trafen.

Das Ergebnis dieser Beratungen waren mehrere groß angelegte Ausrottungsfeldzüge, die von den faschistischen Armeen der ASEAN-Staaten unter amerikanischer Regie gegen die Befreiungsbewegungen in verschiedenen Gebieten Südostasiens, vor allem auf der malaiischen Halbinsel durchgeführt wurden. Diese Feldzüge, die mit einer Niederlage für die Reaktionäre endeten, zeigten deutlich das wahre Gesicht des ASEAN-Paktes als eines Bündnisses der faschistischen Cliquen Südostasiens unter amerikanischer Kontrolle zur Unterdrükkung der revolutionären Befreiungsbewegungen der Völker.

Zum anderen ist die ASEAN auch ein Instrument der Dollar-Imperialisten in ihrem Konkurrenzkampf mit der russischen Supermacht um die Herrschaft über Asien. Die amerikanischen Monopole, die sich seit jeher die Rolle einer „asiatischen Macht" anmaßen, betrachten die Länder Südostasiens als ihren Besitz, den sie gnadenlos ausplündern, aus dem sie märchenhafte Profite ziehen können. So gab selbst der Direktor der Zentralbank der Philippinen zu, daß die Wallstreet-Monopole für jeden Dollar, den sie im Land investieren, fünf Dollar wieder herausholen. Um ihre Milliardenprofite zu sichern, haben die amerikanischen Imperialisten in den ASEAN-Ländern die faschistischen Cliquen an die Macht gebracht, rüsten sie diese Cliquen bis an die Zähne auf, um den Widerstand der Volksmassen niederzuhalten. Das jüngste Beispiel war Thailand, wo der bewaffnete Partisanenkampf unter der Führung der KP Thailands und die breiten Massenaktionen gegen die amerikanische Oberherrschaft die Position der US-Imperialisten und ihrer Lakaien immer mehr erschütterten. Um einer Niederlage zu entgehen, errichteten sie im letzten Oktober eine offen faschistische Militärdiktatur, die zu ihrem Hauptziel die „Ausrottung des Kommunismus" erklärt hat.

Nach dem Beispiel der amerikanischen Aggressoren und ihrer Handlanger in Vietnam überziehen die Militärmachthaber das Land mit Mord und Terror, sperren sie die Bauern ganzer Regionen in sogenannten Wehrdörfern ein, um sie zu bewachen und von den Partisanen zu trennen. Aber ihr Ziel, den Kommunismus auszurotten, die Befreiungsbewegung zu vernichten und den Widerstand der Volksmassen zu unterdrücken, haben sie damit genauso wenig erreicht wie die indonesischen oder philippinischen Faschisten mit ihren Ausrottungsfeldzügen.

Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Das bekommen die Reaktionäre in Bangkok, Djakarta oder Manila und ihre Hintermänner in Washington immer deutlicher zu spüren. Ein heroisches Beispiel des bewaffneten Befreiungskampfes liefert heute das Volk von Ost-Timor. Dieses Volk, das 1975 seine Befreiung von der jahrhundertelangen portugiesischen Kolonialherrschaft erkämpfte, wurde noch im gleichen Jahr das Opfer einer Aggression der indonesischen Faschisten, die ihre Truppen in Ost-Timor landeten, um es ihrem Staat anzugliedern. Seither führt das timoresische Volk unter der Führung seiner Befreiungsfront FRETILIN den bewaffneten Kampf zur Vertreibung der Invasoren. In diesem Kampf konnten bis heute über 80% des Landes befreit werden, so daß sich die Herrschaft der Aggressoren auf die Hauptstadt Dili und einige andere Orte beschränkt.

Bonner Hilfe für die indonesischen Faschisten

Die Suharto-Clique, die innerhalb des ASEAN-Paktes die stärkste Rolle spielt, bemüht sich gegenwärtig verstärkt, ihr blutiges Gesicht hinter einer demokratischen Maske zu verbergen. Im Mai ließ sie eine Wahlfarce durchführen. In den letzten Wochen machte sie viel Lärm um eine angebliche Entlassung der politischen Gefangenen und eine „Amnestie" für die Mitglieder der timoresischen Befreiungsstreitkräfte. Unterstützung finden die indonesischen Faschisten, wie es die Durchführung der „Südostasienwoche" in Tübingen zeigt, bei den Bonner Imperialisten. Der SPD-Politiker Schmitt-Vockenhausen zum Beispiel, der auch in Tübingen mit von der Partie sein wird, bescheinigte der Suharto-Clique „eine positive Entwicklung".

Was sich positiv entwickelt, sind allerdings nur die reaktionären Beziehungen zwischen Bonn und Djakarta, die Genscher bei seinem Indonesien-Besuch im Mai noch weiter festigte. Im Windschatten der amerikanischen Supermacht haben sich die westdeutschen Imperialisten immer mehr in Indonesien festgesetzt. Ob Daimler-Benz, VW oder Bosch, ob Siemens, AEG, Hoechst, BASF oder Bayer; die größten Monopole der Bundesrepublik sitzen auch den indonesischen Werktätigen im Nacken. Sie nutzen die terroristische Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Suharto-Faschisten, die ihnen billige Arbeitskräfte sichert. Und sie haben mit den Faschisten in Djakarta Kapitalschutzabkommen geschlossen, die es ihnen erlauben, ihre Superprofite ungeschmälert in die Bundesrepublik zu überführen.

Nicht erst seit heute ist der westdeutsche Imperialismus neben dem amerikanischen eine wichtige Schutzmacht des faschistischen Regimes. Schon 1965, als die Suharto-Bande unter amerikanischem Kommando gegen die nationale Regierung Sukarnos putschte und eines der grausamsten Massaker der Weltgeschichte einleitete, dem eine Million Kommunisten, Demokraten und andere Werktätige zum Opfer fielen, war der vom Alt-Nazi Gehlen geführte Bonner Geheimdienst BND mit dabei. Er unterstützte die Putschisten mit Ausrüstungen wie Maschinenpistolen und Funkgeräten und mit Geld. Und auch nachdem Suharto sein faschistisches Blutregime errichtet hatte, waren es Bonner Spezialisten, die ihm zeigten, wie die terroristische Unterdrückung des Volkes richtig organisiert wird. Es waren BND-Kommandos, die in Zusammenarbeit mit dem CIA seinen militärischen Geheimdienst ausbildeten.

Wenn jetzt also der Faschisten-General Moertopo nach Tübingen kommt und dort von den Spitzen des Bonner Staates empfangen wird, so ist er dort unter seinesgleichen. An ihrer aller Hände klebt das Blut der indonesischen Kommunisten und Patrioten. Und das ist keine Sache der Vergangenheit, sondern der unmittelbaren Gegenwart. Denn noch heute, trotz aller Beteuerungen aus Djakarta über Amnestie und Entlassungen, sind es über 100.000, die in den Kerkern und KZs des faschistischen Regimes unter den unmenschlichsten Bedingungen gefangenhalten werden. Allein im Gefängnis von Salemba sind 400 politische Gefangene verhungert, unzählige werden durch die Folter ermordet.

An den Händen der Bonner Imperialisten klebt aber auch das Blut der timoresischen Patrioten. Es sind westdeutsche U-Boote, mit denen die indonesischen Faschisten ihre Hungerblockade um die Insel errichtet haben. Es sind die BO-105-Hubschrauber des westdeutschen Rüstungskonzerns MBB, mit denen sie ihre Terrorangriffe gegen das kämpfende Volk fliegen.

All das zeigt, daß der westdeutsche Imperialismus keinen Deut besser ist als die amerikanische oder die russische Supermacht. Für den Profit der Monopole geht auch der Bonner Staat über Leichen. Da mögen seine Vertreter noch so viele Sprüche über den „Dialog zwischen Europa und der Dritten Welt" klopfen oder wie Genscher tönen: „Wir können den Entwicklungsländern alles bieten, was auch die Supermächte haben, sind dabei aber frei vom Verdacht imperialistischer Bestrebungen."

Sie sind eben auch Imperialisten und deshalb bieten sie dasselbe wie die Supermächte, nämlich Ausbeutung und blutige Unterdrückung. Niemals kann das Bündnis mit den Bonner oder irgendwelchen anderen Imperialisten der sogenannten „Zweiten Welt" die Völker der Entwicklungsländer auch nur den geringsten Schritt weiterbringen. Der einzige Weg zu einer wirklichen Befreiung vom imperialistischen Joch, zur Befreiung von den einheimischen Unterdrückern ist das Stützen auf die eigene Kraft, ist die Aufnahme des bewaffneten Volkskriegs unter der Führung einer wahrhaft kommunistischen Partei.

Diesen Weg gehen heute die Völker in Indonesien und Thailand, in „Malaysia" und auf den Philippinen. Sie haben aus den bitteren Erfahrungen der Niederlage von 1965 in Indonesien die Lehren gezogen. Damals hatten Revisionisten an der Spitze der indonesischen Partei gestanden, die eine friedliche Koexistenz mit der nationalen Bourgeoisie betrieben, die die Arbeiterklasse und das Volk ideologisch und militärisch entwaffneten und so den Sieg der faschistischen Konterrevolution ermöglichten.

Heute bestehen in vielen Regionen Südostasiens befreite Gebiete, die den Ausrottungsfeldzügen der Reaktionäre standgehalten haben. Das ist ein Ergebnis des siegreichen Kampfes gegen den Revisionismus, ein Ergebnis des konsequenten Festhaltens am bewaffneten Kampf, des Aufbaus einer breiten revolutionären Einheitsfront der Volksmassen mit der Arbeiterklasse als führender Kraft.

Den Völkern Südostasiens, ihren bewaffneten Kräften mit den Kommunisten an der Spitze gehört die Zukunft. Kein Suharto, kein Carter oder Breschnew und auch kein Schmidt wird sie in ihrem Siegeszug aufhalten können. Und diesem Kampf wird immer unsere tiefe Solidarität und Sympathie gehören. Die beste Unterstützung, die wir den Brudervölkern in Südostasien geben können, ist die Verstärkung des Klassenkampfes gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, ist unser Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

HÖRT RADIO TIRANA

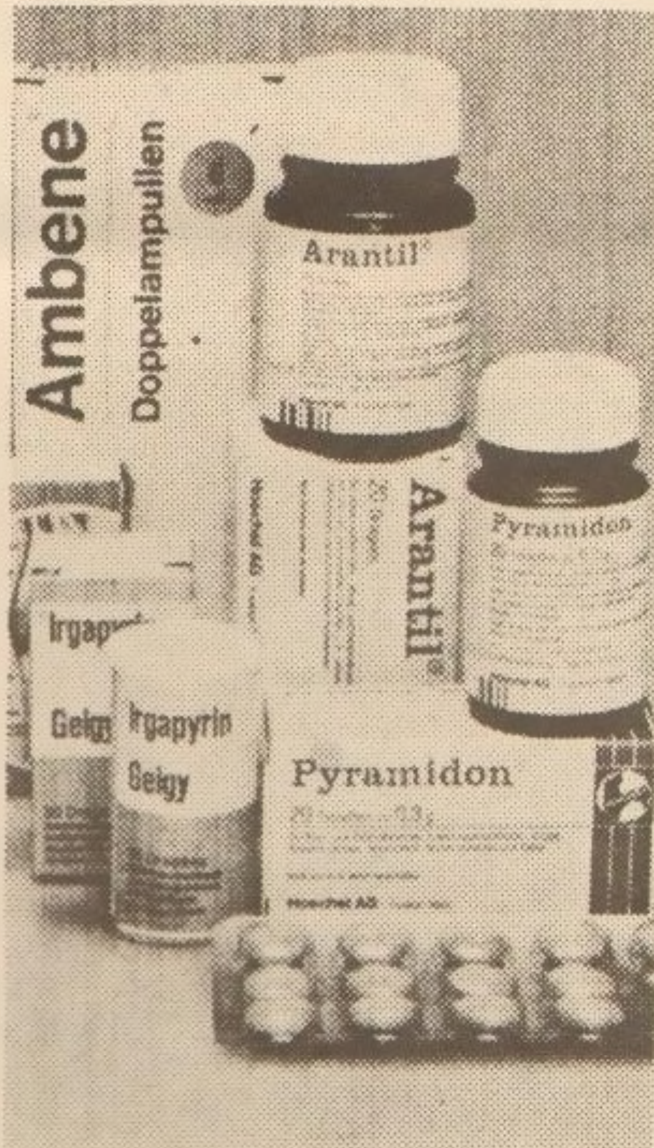
UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Pyramidon - (Un)heilmittel der Hoechst-Kapitalisten

Schon seit Jahren warnen Wissenschaftler vor Aminophenazon, einem chemischen Wirkstoff, der in „Pyramidon“, „Irgapyrin“, „Ilvico-Kinderzäpfchen“ und mindestens 200 anderen Arzneimitteln enthalten ist. Denn dieser Stoff hatte sich in zahlreichen Tierversuchen als krebserzeugend herausgestellt. Und zwar nicht nur bei den Tieren, die direkt mit diesem Stoff gefüttert wurden, sondern auch bei ihren Nachkommen. Bereits vorher schon hatten amerikanische Wissenschaftler festgestellt, daß sich „Pyramidon“ und ähnliche Mittel, vor allem bei Dauereinnahmen, auch beim Menschen sehr gesundheitsschädigend auswirken.

Eine Tatsache, die Millionen von Werktätigen alarmiert hätte — wenn sie davon erfahren hätten. Das geschah aber nicht. Sie wurde ihnen verschwiegen, obwohl in anderen kapitalistischen Ländern die gleichen Mittel unter dem Druck der Öffentlichkeit bereits verboten wurden wie in Schweden oder nur mit einem warnenden Aufdruck verkauft werden durften wie etwa in den USA. Der Grund? „Pyramidon“ und andere aminophenazonhaltige Arzneimittel, die überall als harmlose Mittel gegen Fieber, Kopfschmerzen, Rheuma usw. angeboten werden, gehören zu den meistverkauften Präparaten des Hoechst-Konzerns, bedeuten für die Hoechst-Kapitalisten eine unerschöpfliche Geldquelle, aus der sie Millionen und Abermillionen DM Profit herausgeholt haben. Diese Profitinteressen der Hoechst-Kapitalisten waren und sind dem kapitalistischen Staat wichtiger als die Gesundheit von Millionen Werktätigen.



Dies sind nur einige der zahlreichen Medikamente, die die krebsauslösende Substanz Aminophenazon enthalten, die vom Pharmakonzern Hoechst hergestellt werden.

Denn selbst als das Bundesgesundheitsamt offiziell von Heidelberger Wissenschaftlern über die gefährlichen Auswirkungen dieser Arzneimittel unterrichtet wurde, warnte die Regierung die Bevölkerung nicht. Stattdessen ließ sie die Ergebnisse der Wissenschaftler „überprüfen“ — von denjenigen Kapitalisten, die bisher mit ihnen das große Geld gemacht hatten wie etwa dem Hoechst-Konzern.

Während der Zeit, in der der Hoechst-Konzern seine eigenen Präparate „überprüfte“ — fast eineinhalb Jahre — wurden allein in der Bundesrepublik weit über 200 Millionen der stark krebserzeugenden Mittel verkauft!

Aber das ist noch nicht alles. Inzwischen hat sich der Hoechst-Konzern dazu gezwungen gesehen, die Ergebnisse der Wissenschaftler über die gesundheitsgefährdende Wirkung von „Pyramidon“ und ähnlichen Medikamenten auf einer Konferenz von Vertretern der Pharmazie-Kapitalisten, der Ärzteverbände und des Bundesgesundheitsamtes zu bestätigen. Wer aber glaubt, daß damit auch diese Mittel vom Markt verschwinden bzw. durch andere Mittel ohne solche gefährlichen Nebenwirkungen ersetzt werden, der hat sich getäuscht. Der Hoechst-Konzern vertreibt diese „Heilmittel“ weiter — mit dem vollen Einverständnis des Bundesgesundheitsamtes! Erst vom 31. März des nächsten Jahres an werden diese Mittel verboten sein.

Dieses ungeheuerliche Verbrechen an der Gesundheit der Werktätigen, das die Pharmakonzerne begehen, das die Bundesregierung deckt, ist keineswegs ein Einzelfall. Contergan, Menocil, Mexaform und viele andere Mittel stehen dafür, daß die Pharmakonzerne für ihren Profit über Leichen gehen, dafür, daß diesen kapitalistischen Staat Gesundheit und Leben der Werktätigen keinen roten Heller wert sind. Aber je mehr dieser Verbrechen bekannt werden, desto mehr Menschen werden auch die richtige Schlußfolgerung daraus ziehen: daß nämlich dieser Staat in der sozialistischen Revolution gestürzt werden muß, damit die Arbeiterklasse zusammen mit den anderen Werktätigen in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland ein Gesundheitswesen aufbauen kann, in dem die Gesundheit der Werktätigen im Mittelpunkt steht und nicht der Profit einer Handvoll Kapitalisten.

Gedenkfeier zu Ehren Ernst Thälmanns

Am 18. 8. 1977, dem 33. Todestag des großen Führers der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, rief die Partei in Hamburg zu einer Kundgebung an Thälmanns ehemaliger Wohnung in der Tarpenbeckstraße 66 auf. Nachdem der Hamburger Spielmannszug mehrere Märsche gespielt hatte, sang der AP-Trupp das Lied „Heimatland, reck deine Glieder“. Anschließend würdigte ein Genosse in einer Rede die unsterblichen Verdienste Ernst Thälmanns. Das gemeinsame Singen des Liedes „Ernst Thälmann, der ging uns voran“, beendete die Gedenkfeier.



Gedenkfeier der Hamburger Genossen am ehemaligen Wohnhaus Ernst Thälmanns.

Während der gesamten Zeit steckte der Hausflur des Hauses Tarpenbeckstr. 66, das heute der D„K“P gehört, voll von sozialfaschistischen Schlägern, die nur darauf warteten, sich wie im letzten Jahr auf den Kranz der Partei stürzen und ihn zerstören zu können. Sie warteten vergeblich. Der Kranz der Partei fand in diesem Jahr seinen Platz vor dem Parteibüro der KPD/ML, wo er neben einem großen Bild Ernst Thälmanns aufgehängt wurde. Sehr viele Menschen blieben dort stehen und betrachteten sehr interessiert eine kleine Fotoausstellung über Ernst Thälmann.

Hamburg

Empörung über Fest's Hitlerfilm

„Die offenen Propagandisten des Faschismus wie Joachim Fest“, schrieben wir vor einigen Wochen im „Roten Morgen“, „werden zu spüren bekommen, daß die Zahl derer wächst, die nicht bereit sind, die Verherrlichung der faschistischen Diktatur in unseren Kinos zu dulden.“ Das hat sich in den letzten Wochen bestätigt.

„Säure! Attentat auf Hitler-Film“, meldete so etwa „Bild“ als Schlagzeile auf der ersten Seite am 20. 8. 77 und berichtete, daß während einer Vorführung des Films im Hamburger „Urania“-Kino drei maskierte Männer den Filmvorführer fesselten und eine der Filmrollen mit Salzsäure übergossen und vernichteten.

Die Polizei kam zu spät. Es wurde niemand festgenommen.

Zu Aktionen gegen den faschistischen Hitler-Film kam es auch in Westberlin. Nach Berichten der „Berliner Morgenpost“ vom 10. 8. 77 wurden vor dem Zoo-Palast, in dem der Film gezeigt wurde, die Scheiben der Schaukasten-Vitrinen vor dem Kino eingeschlagen und ein Riesenwerbeplakat für den Film an der Frontseite des Kinos mit Farbeiern beworfen. Der Film wird seitdem unter Polizeischutz aufgeführt.

Auch in Münster gingen die Ausstellungsfenster des Kinos zu Bruch, in denen für den Film geworben wurde. Die Bilder, die Szenen des Films zeigten, wurden heruntergerissen und stattdessen dort Flugblätter der KPD/ML angebracht, die am Tag zuvor an die Zuschauer des Films verteilt worden waren. Außerdem konnte man über dem Eingang des Kinos die Parole lesen „Weg mit diesem Propagandafilm für den Faschismus — KPD/ML“.

In allen Städten, in denen die Partei in Flugblättern die Verherrlichung des Hitlerfaschismus in Fest's Hitler-Film anprangerte, wie in Hamburg, Münster, Westberlin, Duisburg usw. fand sie große Zustimmung unter den Werktätigen. So wollten etwa in Duisburg mehrere Jugendliche, nachdem sie das Flugblatt der Partei gelesen und mit den Genossen diskutiert hatten, näheren Kontakt mit der Roten Garde aufnehmen.

Alle Jahre wieder - Fahrpreiserhöhungen

Bald jeden Monat werden in einer Stadt der Bundesrepublik die Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel erhöht. Begleitet von immer den gleichen Lügen und Tricks, um diese staatliche Ausplünderung der Werktätigen zu vertuschen, zu beschönigen und einen entschlossenen Kampf dagegen zu verhindern.

In einem Flugblatt der Partei gegen die Erhöhung der Fahrpreise zum 1. 8. in Stuttgart, heißt es dazu: „Schon wieder, am 1. August, steigen die SSB-Tarife, diesmal um durchschnittlich 5,25%. Am 1. August letzten Jahres waren es 8%, im vorletzten Jahr 18%. Und für die nächsten zwei Jahre sind Preiserhöhungen von 9,7 und 10,4% schon angekündigt.

Jahr für Jahr sollen wir mehr bezahlen, und Jahr für Jahr tischt man uns das Märchen von den verbesserten Leistungen auf. Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit mit den sogenannten verbesserten Leistungen aus? — Es gibt sie nicht! Obwohl die Zahl der Benutzer von Bus und Straßenbahn ungefähr gleichblieb, stiegen die Einnahmen der SSB von 1971 bis Anfang 1976 um 24 Mio. DM. Wurde mit dem Geld etwa das Straßenbahn- oder Busnetz verlängert oder mehr Wagen eingesetzt, damit man wenigstens sitzen kann, wenn man von der Arbeit kommt? Nein, im Gegenteil: Die Gesamtstrecke ist kürzer als 1972 und seit 1972 sind in Stuttgart 110 SSB-Fahrzeuge (Busse und Straßenbahnen) weniger in Betrieb. Wer dagegen von den Preissteigerungen profitiert, das sind die Kapitalisten und ihre Vertreter in der Regierung. Das sind die BBC, Daimler, AEG, Siemens-Kapitalisten, die die Wagen, die Schienen, elektrischen Anlagen und Ersatzteile herstellen, die ihre Preise Jahr für Jahr in die Höhe treiben. So arbeiten Stadt und Kapitalisten Hand in Hand, um uns auszuplündern.“

Schon längst stößt das alljährliche Gejammer der Stadtherren über die wachsenden Kosten und die großen Defizite deshalb bei den meisten Werktätigen auf taube Ohren. Viele sehen, daß dieser Staat — sei es der Stadtrat in Stuttgart, Duisburg oder Kiel, sei es die Regierung in Bonn — ihr Feind ist, der nicht davor zurückschreckt, ihnen auch noch den letzten Pfennig aus der Tasche zu ziehen, um den Reichtum der Kapitalisten zu vermehren.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Rutenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen“, Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.